

Volksmacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Neue Bräunerstr. 1/1, und durch Postämter zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, Preis des Heftes 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, Preis des Heftes 20 Pf. wo keine Post am Orte 3.50.

Abbestellungsgeld beträgt für die einjährige Abbestellung oder deren Hälfte 20 Pf. Abbestellung bis zum 1. d. Monats. Abbestellung nach dem 1. d. Monats. Abbestellung nach dem 1. d. Monats. Abbestellung nach dem 1. d. Monats.

Telephon Redaktion 3141.

Expedition 1206.

Nr. 105.

Breslau, Donnerstag, den 7. Mai 1914.

25. Jahrgang.

Gewerkschaften und Ausstellungen.

Auf der diesjährigen internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik („Bugra“) in Leipzig werden der Verband der Deutschen Buchdrucker, die gewerkschaftliche Organisation der gelernten Arbeitnehmer des Buchgewerbes, sowie die Gewerkschaften der Buchbinder, Lithographen und Steinbrüder, Notensetzer etc. aller Material, das sich auf ihre Berufstätigkeit, sozialen Verhältnisse etc. bezieht vertreten sein. Auch die übrigen Gewerkschaften werden ihre Druckschriften ausstellen. Zu mehreren Ausschüssen wurde den Vertretern der Arbeitnehmer Sitz und Stimme zugestanden. Auch das Kartell und die Arbeitgeber-Organisationen des Buchgewerbes sind natürlich in der Abteilung „Soziales“ vertreten. Die Gewerkschaften sind für eine Beteiligung an Ausstellungen immer zu haben gewesen, sofern man ihnen nur diejenigen Konzessionen einräumte, die der Bedeutung der arbeitenden Klassen im wirtschaftlichen und sozialen Leben entsprachen. Auf der Turiner Weltausstellung wurden die italienischen Gewerkschaften für ihre Verdienste auf sozialem Gebiete preisgekrönt. Es ist noch erwähnenswert, die Beteiligung der belgischen Gewerkschaften auf der Weltausstellung in Brüssel und die Teilnahme der belgischen Bauarbeiterverbände an der internationalen Bauausstellung in Leipzig. Die geplante Beteiligung an der Hygieneausstellung in Dresden wird von schamacherischer Seite hintertrieben. Daß die Gewerkschaften selbst ein großes Interesse daran haben, ihre Tätigkeit und Erfolge der breiteren Öffentlichkeit vorzuführen, ist gar nicht zu bezweifeln. Sie wollen in allen Kreisen wenigstens Verständnis für ihre Bestrebungen wecken und manche Vorurteile zerstören. Außerdem wollen sie aber auch zeigen, welche Bedeutung die gewerkschaftliche Organisation im modernen Wirtschaftsleben bereits erlangt und welche praktischen Erfolge sie erzielt hat. Daneben dienen die Ausstellungen der Gewerkschaften noch insofern dem allgemeinen kulturellen und wirtschaftlichen Interesse, als sie das Gesamtbild der Ausstellung erst richtig vervollständigen. Lange Zeit waren die Ausstellungen einseitige Veranstaltungen der Unternehmer. Heute schätzt man aber die volkswirtschaftliche Bedeutung eines Gewerkes oder eines ganzen Landes nicht mehr lediglich nach seinen Erzeugnissen, sondern auch nach dem wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen der Arbeiterbevölkerung ein. Man zeigt nicht mehr nur den bunten Hof oder die kunstvolle Maschine, sondern man nimmt auch Rücksicht auf die fleißigen Hände, die diese Waren verfertigten. Ebenfalls ein Zeichen moderner Auffassungen im Ausstellungsweesen ist die Ausgestaltung aller Jahresmärkte. Der Vergütungsspart ist auf ein erträgliches Maß reduziert. Auf der „Bugra“ haben die Arbeitnehmerorganisationen unter anderem auch ein steinernes Monument errichten lassen, das den Organisationsgedanken künstlerisch veranschaulicht. Aus der Inschrift dieses fünf Meter hohen Kunstwerkes geht hervor, daß die Gewerkschaften im Buchdruckgewerbe seit 48 Jahren besteht und 92 Prozent aller Berufsgenossen umfaßt. Bisher hat der Verband 64 Millionen Mark für Unterstützung seiner Mitglieder aufgebracht. Das Verbandsorgan hat bereits eine Auflage von 51.000 Stück erreicht. Diese kurzen Angaben illustrieren treffend den großen Erfolg einer unermüdbaren gewerkschaftlichen Organisationsarbeit.

Nochmal Fünfhundert.

Als sich zu Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts die junkerlichen Strauchrotten und Kruppenreiter der Mark Brandenburg zusammenrotteten, um den von Nürnberg her ins Land verpflanzten Hohenzollern ein paar Kasernen mit der eisernen Faust zu versetzen, fanden sich die „edelsten“ und „erlauchtesten“ Namen zusammen, deren Träger noch heute in Preußen vornehm sind: neben den Quislings die v. Mohr, v. Müllendorff, v. Sack und v. Wartenberg. Auch aus der Altmark kam Zugzug: ein Mathias v. Jagow, zwei Brüder v. Alvensleben und ein Werner von der Schulenburg. Ein Ahne dieses letztgenannten altmärkischen Hauptmanns, auch ein Werner von der Schulenburg, singt jetzt in der „Zukunft“ die Hohenzollern wie folgt an:

Nun ist Ihr fünfzehntes Jahr in der Mark. Schlechtlich ist das kein lauer Quaal. Ihr habt was getan. Rein Ungeheuer. War unter Euch, freilich auch wenig Feuer. Nur ein Gente, ein Keil, der wiegt: Der alte Feig, der die Welt besieg. Ihr habt nicht immer gerecht gehandelt. Habt sogar den preussischen Adel verhandelt. Ihr ließt ihn bluten; und dann, zum Schluß, steht Ihr ihn liegen. Der Adel muß. Ihr kamt als Fremde und seit es gebissen. Ein blühendes Fremde nach unserem Willen. Habt Ihr uns nie so recht vernommen. Ihr versteht das nicht. Nicht Friesad, Barzin.

Nicht das, was in uns rumort und brennt, Was anders will als der Regent. Wir sind nun mal von anderm Blute. Uns ist noch etwas wilder zumute. Als Euch mit fränkischen, feinen Sitten, Von Friedrich dem Erst bis Friedrich dem Dritten. Wir fühlens noch immer als einen Schaben: Warum ist kein Douthow von Gottes Gnaden? Warum? Warum? Na, und so weiter... Wir waren doch Eure besten Streiter. Ihr behandelt uns schlecht. Das ist mal so. Ihr seid uniere Gegner. Das macht uns froh. Deut habt Ihr uns mal wieder vergessen. Wad liebet bei Industriellen essen. Nur ruhig Blut! Es kommen noch Zeiten, Wo wir Euch wieder attacken reiten. Wo wir Euch aus dem Wurstkessel holen. Dann sammeln wir also feurige Kohlen? Aee. Man kann einfach nicht mehr voneinander. Leben und Sterben: Dero — Leander. Keiner ist mehr, der sich über Euch wundert. Drum sagen wir ruhig: Nochmal Fünfhundert.

Bravo! Und so ist's recht! Das heißt einmal ohne Bitter in den Strauß treten und das ist doch einmal etwas anderes als der übliche Phrasenwettbewerb, mit dem sonst das Haus Wilhelm II. umgeben wird. Hier trumpft ein echter Junker auf, einer von der Sippe, und sagt frei von der Leber weg, was die ganze Sippe denkt: Hohenzollern! Hütel Euch! Ihr kamt als Fremde und seit es gebissen! Wir, die Junker, sind die erbessenen Herren im Lande und wir dulden Euch nur! Insefereihalten nochmal fünfhundert Jahre! Aber hütel Euch — wir können auch anders herum! Und es klirrt, als ob eine Eisfaust auf die Tischplatte schlägt.

Da freilich nicht die Junker allein über Herrschaftsbauer eines Fürstentums zu bestimmen vermögen, hat die Verlängerung des Rindigungsstermins um fünfhundert Jahre nicht unbedingt hindende Wirkung — meint bliffig dazu der „Vorwärts“.

Immer feste drauf!

Herr v. Falkenhayn hat sich in seiner kaum zehnmonatigen Amtstätigkeit als Kriegeminister viel Mühe gegeben, eine Reihe von Unzulänglichkeiten zu erwidern. Er hat es auch gelernt, mit Geduld die Reden anzuhören, die ihn genieren, ohne mit der Wimper zu zucken, und wenn er spricht, versteht er es schon ganz gut, die patriotische Leiter zu schlagen, deren Klänge alle bürgerlichen Parteien folgen sollen. Trotzdem hat sein gestriges recht sorgfältig präpariertes Auftreten wiederum unglücklich und zuweilen mittelberregend gewirkt. Herr v. Falkenhayn will zu geschickt und zu energisch sein, und darunter leidet am meisten seine Argumentation. Er mag es noch so angestrengt vermeiden, in den angriffslustigen Ton zu verfallen, der sein Auftreten während der Zuhörerzeit auszeichnete — von Zeit zu Zeit verfällt er in die alten Sünden und hat den Erfolg, den solche rednerische und gedankliche Unbeholfenheit notwendig erzeugt, den der ungewollten Heiterkeit.

Herr Dr. Müller-Meinungen wiederholte die Wünsche, die seit Jahren die fortschrittliche Volkspartei in mutigen Redensarten vertritt, ohne in entscheidenden Augenblicken, wie sie etwa die vorjährige Militärvorlage bot, wirksam auch die Macht zu ihrer Durchsetzung aufzubringen. Der fortschrittliche Redner hatte dabei in einigen Punkten sehr glückliche Argumente für seine Forderungen, zu deren Durchsetzung allerdings, wie gesagt, größere Entschlossenheit gehört.

Die Stimmung, die die nun folgende Rede des Kriegeministers erfüllte, wurde von Genossen Ledebour glänzend gekennzeichnet durch den mißverständlichen Zwischenruf: Immer feste drauf! Das war es in der Tat, was diese rhetorische Anreizung auszeichnete. Ob Herr v. Falkenhayn die Erklärung von Mißständen bestritt, ob er etwa leugnete, daß aus konfessionellen Gründen eine Beförderung entzogen oder abgelehnt wird, ob er die Ausdehnung der Soldatenmißhandlungen auf ein leider nicht vorhandenes Minimum zu reduzieren versuchte, oder ob er mit schnellflüchtiger Energie für die Rechte der Militärverwaltung, des Militärkabinetts und der Kommandogewalt eintrat — es war immer derselbe Ton und dieselbe Tendenz. Am deutlichsten zeigte sie sich zweifellos in den scharfen Angriffen, die zur Erhellung der ganzen Binde die Verharmlosung des Generals gegen die Sozialdemokratie aufbrachte. Dada passierte übrigens dem Redner das Mißgeschick, zum Beweis für seine Ausführungen und zum Beweis für die Genugtuung der Sozialdemokratie ein Zitat vom Stuttgarter internationalen Jugendkongress vorzutragen, das, wie Ledebour sofort feststellen konnte, im Protokoll überhaupt nicht existiert. Viel mehr Erfolg hatte Herr v. Falkenhayn, als er möglicherweise ungewollt den Geist proklamirte, der den ganzen Militarismus besetzt. Es waren Minuten föhlicher Heiterkeit, als er von der Kultur sagte, sie könne im geschichtlichen werden! Das darf man Herrn v. Falkenhayn ohne weiteres glauben.

Dem kriegertischen Redner wird Genosse Stücken in seiner morgigen Antwort herzlich willkommen sein.

Politische Uebersicht.

Die schlauen und schlechten Duale.

In der Duala-Denkschrift, die dem Reichstag jetzt zugegangen ist, wird unter anderem darauf hingewiesen, daß die Eingeborenen bald nach dem Vertragsschluß der Kommission ihrem Berliner Rechtsanwalt 5000 Mark übergeben hätten, „der neuerdings weitere 3000 Mark von ihnen verlangt haben soll“.

Mit der Sache selbst hat die Angabe dieser Summe gar nichts zu tun und sie verfolgt nur den Zweck, den Rechtsanwalt Halpern, der den Duala zur Seite steht, in der öffentlichen Meinung ein wenig zu diskreditieren. Doktor Halpern erklärt nun, daß die 8000 Mark einem Vertrauensmann von ihm für eine Informationsreise nach Ostafrika gewährt seien. Er selbst habe tatsächlich außer 100 Mark für Depeschen und dergleichen weder einen Pfennig für sich gefordert, noch vereinbart, noch erhalten.

Wenn die Kolonialverwaltung der Gerechtigkeit ihrer Sache sicher ist, wie sie sich den Anschein gibt, dann sollte sie auf derartige Verdächtigungen der Motive ihrer Gegner verzichten.

Die Denkschrift enthält im übrigen außer einigen Kleinigkeiten, Skizzen und Bildern nicht viel mehr als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am Montag abend angegeben hat. Nur daß sie sich vielleicht noch nachdrücklicher als es nach dem Auszuge schien, sozialistischer Argumente gegen die Grundstückspekulation bedient. Der wahre und einzige Grund, weshalb sich die Eingeborenen gegen die Enteignung sträubten, sei der, daß es ihnen nicht mehr möglich sein werde, ohne ernsthafte Arbeit von dem Ertrage aus ihren Grundstücken zu leben. Sie hätten damit gerechnet, daß mit jeder Million, die das deutsche Reich in die Kolonie hineinstecke, ihre Grundstücke, ohne daß sie die Hand zu rühren brauchen, im Werte steigen würden und daß sie dann einen guten Bruchteil von jeder Million in ihre Tasche stecken könnten.

Sie hatten sich gedacht, die Mieten, die Europäer ihnen für ihre Grundstücke zahlten, von Zeit zu Zeit zu erhöhen und im Notfall ab und zu ein Stück Land, jedesmal zu einem höheren Preise, zu verkaufen.

Diese schwarzen Heiden! Es fehlt ihnen eben vollständig die hohe moralische Auffassung des Terraingeschäftes, von der sich bekanntlich die deutschen Kapitalisten bei der Verwaltung ihrer Grundstücke leiten lassen.

Liebendwürdigkeiten aus dem Zentrumslager.

Der babische Zentrumsführer, der Geistliche Rat Wacker, sieht sich genötigt, sich gegen seine Angreifer in den „Eriker „Petrus-Blättern“, dem Organ des Bischofs Rorum, im „Babischen Beobachter“ in folgender Weise zu wehren:

1. In persönlicher Beziehung.

Ich finde es unerträglich, anmaßend und feige zugleich, wenn jemand in der Art des Eriker „Quertreibers“ Blattes auftritt und dabei im Versteck der Anonymität verbleibt. Für Gegner solcher Art habe ich weder Respekt noch Beachtung übrig.

Meine Oberen, die mich zur Rechenschaft ziehen können und denen ich gegebenenfalls bereitwillig und pflichtgemäß Rechenschaft geben würde, sind der Erzbischof von Freiburg und das erzbischöfliche Ordinariat (und über ihnen natürlich der päpstliche Stuhl). Von einem Inquisitionstribunal mit unbekannter Zusammenlegung in Eriker oder irgendwo anders weiß ich nichts und will ich nichts wissen.

2. Nach der sachlichen Seite.

Ungleich wichtiger als die Seite der ganzen Sache, die mich persönlich berührt, ist die andere, welche mit meiner Person gar nicht zusammenhängt. Nur verbliende Fanatismus kann übersehen, wie sehr mit einem solchen Treiben, wie gewisse „Quertreiber“ und „Integral“-Elemente es entfalten, den ausgedehnten Feinden des Zentrums und der Kirche in die Hände gearbeitet und welche unermesslichen Schäden den wichtigsten Interessen der katholischen Kirche Deutschlands zugefügt wird. Die Art, wie das Eriker „Quertreiber“-Organ auf meine Kosten aufgetreten ist, drängt die Frage auf, ob denn in Eriker eine Gesellschaft mit geheimer Zusammensetzung sich etabliert hat, um Verdrähtigungen material auszuführen und zu den unangenehmsten Zwecken zu verwenden. Mühe gegen alles Erwarten die Frage bejaht werden, dann wäre weiter zu fragen, ob der Klerus in Deutschland solches Ertragen und der Episkopat in Deutschland es dulden könnte.

Anderes will ich nicht hervorheben.

Lh. Wacker.

Wie gesagt, der Herr Wacker ist „Geistl. Rat“ und leidet mit frommem Augenaußschlag: Kindeln, Hebet einander!

Die Besoldungsabelle geklärt.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte am Mittwoch in zweiter Lesung die Besoldungsabelle nach den Beschlüssen erster Lesung. Namens der beherrschenden Regierung erklärte Staatssekretär D. H. n., daß zwischen diesen Beschlüssen und der Stellung der Regierungen eine unüberwindliche Differenz bestehe, die es ihm unmöglich mache, besonders im Hinblick auf die Konsequenzen für Preußen, den Reichstag zu vertreten. Darauf erklärte Gen. Ebert, die Sozialdemokraten seien bereit, sich auf den Boden der Beschlüsse erster Lesung zu stellen; die Erklärung der Regierung konnte nicht überraschender, als die Regierung in vorangegangenen Tagen ihren unüberwindlichen unüberwindlichen Standpunkt...

Ausdruck gebracht, sondern immer die Wahrscheinlichkeit offen gelassen habe, daß eine Verständigung zu erzielen sein werde. Die Verantwortung für die in Beamtenkreisen entstehende Unruhe und Unzufriedenheit solle auf die Regierung fallen. Für die übrigen Parteien geben die Abg. Wassermann (Nat.), Subritz (Wolsp.), Dertel (Konf.) und Raden (Str.) ähnliche Schilderungen ab. Darauf wurde die Besoldungsabelle nach den Beschlüssen erster Lesung einstimmig angenommen; sie darf aber im Hinblick auf die Regierungserklärung als gescheitert angesehen werden.

Sein Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, der alsdann nach den Vorarbeiten des Referenten zur Erledigung kam, machte Schatzkanzler Rahn zwei bemerkenswerte Mitteilungen: einmal, daß die Vorarbeiten für ein Reichs-Zigarettenmonopol im Gange sind, sodann daß Vorforschungen über ein die Summe von 1200 Millionen Mark erhebliches übersteigendes Ergebnis des Mehrertrags fasslich seien. Mit großem Eifer und voller Einmütigkeit legten sich die Abg. Schiffer (Nat.), Gohren (Wp.), Speck und Erberger (Str.), Graf Westarp (Konf.) u. a. für möglichst wohlwollende Auslegung und schonendste Handhabung der Vorschriften über den Generalpardon ins Zeug, damit die zahlreichsten Steuerbeiträger vor nachträglicher Bestrafung, die ihnen jetzt vielfach droht, bewahrt bleiben. Auch für die Mecklenburger fiel dabei ein Brosamen vom Tisch; die Zuwendungen an bedürftige Familien, die mehrere Söhne beim Militär haben, sollen als unpfändbar erklärt werden, um sie nicht, wie dies bereits geschehen, dem Gerichtsbesitzer in die Hände fallen zu lassen. Selbstverständlich traten die Sozialdemokraten für diese Anregung ein, deren Verwirklichung die Regierung aufgab.

Der Militärretat in der Kommission.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte am Dienstag den Rest des Heeresetats. Genosse Stücken nahm das Wort zu dem Neubau für das Militärkabinett in der Viktorialstraße. Abg. Erberger und Genosse Stücken traten dafür ein, daß es bei dem früheren Beschlusse der Kommission verbleibe. Der Kriegsminister gab eine möglichst harmlose Erklärung über die zwischen Schahant und Militärverwaltung getroffene Abmachung und suchte die Angelegenheit als einfache Wirtschaft- und Zweckmäßigkeitsfrage zu charakterisieren. Schatzkanzler Rahn erklärte, noch kleinere Schritte zur Veräußerung des Grundstücks getan zu haben, auch sei kaum auf Käufer zu rechnen. Eine staatsrechtliche Bedeutung habe die Sache nicht. Das war das Stichwort für den Abg. Schiffer (Nat.), der nun mit einerseits-andererseits seinen Unwillen einzuleiten begann und den Vorschlag der Regierung zur Annahme empfahl. Abg. Dieckhoff (Wp.) und die Genossen Ledebour und Viehnecht traten unter energischen Hinweis auf die Ehre des Reichstags und die Interessen der Steuerzahler der nationalliberalen Rückgratlosigkeit entgegen; Abg. Fehrenbach (Zentrum) spielte unter der Fellehre der Kommission den Schiffer von damals gegen den Schiffer von jetzt aus und polemisierte gegen den Grafen Westarp (Konf.), der sich für die Regierung bemüht hatte. Selbst Abg. Baasche zückte merkwürdig von seinem Frontistkollegen ab und plädierte für Ablehnung der Regierungsforderung im Ergänzungsetat. So sehr sich auch die Regierung bemühte, ihre Forderung zu retten; die Kommission blieb hart und lehnte gegen fünf Stimmen die Preisgabe der Budgetgewinne des Militärs ab. Den Schluß bildeten Remontrances und der Etat des Reichsfinanzers, der in einer halben Minute erledigt wurde.

Bettinger als Nachfolger Kopp.

Der Münchener Erzbischof v. Bettinger holt sich in Rom den Kardinalshut. Er gilt bereits als der Nachfolger des verstorbenen Kardinals Kopp. Bettinger soll in Rom sehr gut angesehen sein. Eine römische Korrespondenz meldet: „In Rom ist Herr v. Hartmann, der Kölner Erzbischof, so ziemlich unten durch, auch wenn er „anstandslos“, gleich Herrn v. Bettinger, den Purpur erhält. Der Jesuitengeneral Vater Berg hat bei seinem jüngsten Aufenthalt in Rom dem Münchener Kirchenfürsten die Wege bereitet. Beide, Berg sowohl wie Bettinger, arbeiten mit verteilten Rollen an einer Aufgabe: die Rückkehr der Jesuiten durch den von München ausgehenden Druck auf das Zentrum und auf die Berliner Regierung zu erzwingen. Der Papst, der übrigens bereit ist, daß er sich jetzt um die Geschäftsführung der Kurie absolut nicht mehr kümmern kann, hat dem Zentrum den Hauptwiderstand entgegengesetzt. Nachdem dieser gebrochen,

haben die Freunde des Zentrums in Rom wieder das Wort. Und Herr v. Bettinger tut das Menschlichste, die Umgegend des Papstes zu überzeugen, daß ohne das Zentrum Rom in Deutschland keine Geschichte machen kann.“ Die Art, wie Herr Nieborowski diesen Kardinal aufnimmt, scheint die Wichtigkeit dieser Besart zu bestätigen.

Zum Streit an der Berliner Handelshochschule. Der Konflikt ist noch nicht beigelegt. Die Dozenten wollen sehr das Eingreifen der Aufsichtsbehörde erbitten. — Den alldeutschen Blättern ist der Streit der Studierenden sehr wider den Strich gegangen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fragen, ob die Dozenten denn wirklich als vollwertige Studenten angesehen sind, und schreiben: „Wir können unerfahrenen Jünglingen nicht die Befugnis einräumen, zu Gunsten eines mit noch so großem Recht beliebten und angesehenen Lehrers in einen Sympathiestreit einzutreten. Wir verstehen es deshalb vollkommen, wenn die Meisten sich auf irgend welche Verhandlungen nicht einlassen wollen, bevor nicht die Dozenten auf ihrer Pflicht zurückgekehrt sind. Auch zu den Vorlesungen an der Handelshochschule hatten sich am Mittwoch keine Zuhörer mehr eingefunden. Von den Meisten ist eine weitere Entschließung auf die ablehnende Antwort des Dozentenkollegiums bis jetzt nicht gefaßt worden.“

Die Wahl des Reichstagsabgeordneten Wassermann beschäftigte am Dienstag die Wahlprüfungskommission des Reichstags. Wassermann wurde im Wahlkreis Saarbrücken nach einem heftigen Kampfe mit dem Zentrum, bei dem auf der einen Seite die hohen Grubenbeamten, auf der anderen Seite die Kapläne eifrig mitwirkten, in der Stichwahl gewählt. Vom Zentrum ist gegen die Wahl Protest eingelegt worden. In dem Protest wird unter anderem behauptet, in der Stadt Saarbrücken seien die Wahlbezirke zu groß gewesen. Sie hätten mehr als 8500 Seelen gezählt. Nach einer anderen Behauptung des Protests sollen garbe Verluste bei der Aufstellung der Wählerlisten vorgekommen sein. In dem Wahlkreis sind viele Vergleiche beschlagnahmt, die ihren Wohnsitz außerhalb des Wahlkreises haben. Sie sind aber die Woche über in den Schlafhäusern der Bergwerke und bei Privatleuten einquartiert. Die lokalen Behörden hätten nun allgemein angeordnet, diese sogenannten Schlafbuschen seien nicht in die Wählerliste aufzunehmen. Diese Anordnung ist ungesetzlich, denn die Arbeiter sind auch am Arbeitsorte wahlberechtigt und müssen dort auch in die Wählerliste aufgenommen werden. Sie dürfen natürlich nur an einem Orte wohnen. Auf Grund einer eingelegten Beschwerde hat auch das Ministerium des Innern die ungesetzliche Anordnung aufgehoben. Dies geschah zwei Tage vor Ablauf der Frist für die Auslegung der Wählerliste. Der Protest behauptet, daß sei zu spät gewesen und es sei auch nur an einem Orte der Anweisung des Ministers Folge geleistet worden. Mehrere Tausende von Wählern seien nicht in die Wählerliste aufgenommen worden. Die Kommission kam mit der Prüfung der Wahl noch nicht zu Ende.

Der Senatorenbesuch des Reichstags trat am Mittwoch zu einer Besprechung der Geschäftsliste zusammen und einigte sich dahin, zunächst den Etat der Verwaltung des Reichsheeres durchzubearbeiten. Doch soll als erster Punkt auf die Tagesordnung der morgen stattfindenden Sitzung die zweite Lesung der Besoldungsabelle gesetzt werden. Dem Militärretat sollen die Etats des Auswärtigen, des Reichsfinanzers und kleinere Vorlagen, wie die Gebührengordnung für Zeugen und Sachverständige und die Konkurrenzklausei folgen. Vom 8. Mai ab sollen die Beratungen morgens um 10 Uhr beginnen. Über den Beginn der Ferien konnte nichts in Aussicht genommen werden, weil die Art des Fortanges der Beratungen dafür maßgebend ist. Ebensovienig getaktet ist die Frage, ob der Reichstag geschlossen oder verlagert werden soll.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags erklärte die Wahlen der Abgeordneten Witt, Reichsp. (1. Marienwerder) und Vachniz, Wpt. (8. Mecklenburg-Schwerin) für gültig. — Bezüglich der Wahl des Abg. Dr. Graf v. Schwerin-Löwis, Konf. (Anklam-Dehmin) wurde Beweishebung beschlossen.

Eine polnische Korrespondenz in deutscher Sprache. Schon oft ist in der polnischen Presse der Plan erörtert worden, eine polnische Korrespondenz in deutscher Sprache zur Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über die Polenfrage herauszugeben. Dieser Plan ist jetzt verwirklicht worden, indem Herr Kullerki in Graudenz, der Herausgeber der „Gazeta Grudzińska“, eine deutsche Korrespondenz des Ostens herausgibt und an die Presse, sowie an alle hohen Staatswürdenträger versendet.

Ein Kampf gegen den Tabaktraf. Kürzlich wurde gemeldet, das preussische Handelsministerium beabsichtige, eine Konferenz einzuberufen, auf der ausgedehnter über immer größer werdenden Nachschub des Tabaktrafs über gezeigte Maßnahmen

zur energischen Bekämpfung der besonders den Kleinhand bedrohenden Verstrickungsversuche des Großkapitals beraten werden soll. Das preussische Handelsministerium hat die Auskunft gegeben, daß diese Nachricht in allen Teilen glatt erfinden sei.

Professoren-Terrorismus. Der Senat der Universität Greifswald will sich in terroristischen Gewalttaten gegen Zeitungsverleger und Buchdruckereibesitzer durch preussische Landräte nicht überlassen lassen. Wie man dem „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat er in geheimer Sitzung beschlossen, der Drucker der alldeutschen Monatschrift „Wieder Vot“, die seit langen Jahren zur Zeitverleihung ausgefallenen Druckfächer zu entziehen, weil die Zeitschrift, die mittelalterlich anmutenden Fragen veröffentlicht hat, bei der Professor Dr. Hauptleiter den Lehramtskandidaten in der Religionsprüfung für allgemeine Bildung vorzulegen pflegt. Da in der Drucker des „Wieder Vot“ außerdem das einzige liberale Blatt in Vorpommern erscheint, ist das Vergehen des Senats, an dessen Spitze zurzeit ein Mann von ausgesprochen reaktionärer Gesinnung, der Prof. Dr. Stampe, steht, umso leichter zu begreifen.

Wir zweifeln keinen Moment daran, daß die Mitglieder eines hohen Senats der Universität Greifswald bei jeder sich bietenden Gelegenheit über den verwerflichen Terrorismus der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften gewaltig herziehen werden. Wenn sie selbst aber über einen mitleidigen Unternehmer den Boykott verhängen, so ist das natürlich ganz etwas anderes, und sie sind sicher fest davon überzeugt, daß sie gegen den Drucker des „Wieder Vot“ um der Freiheit der Wissenschaft willen vorgehen die den deutschen Hochschullehrern bekanntlich so sehr am Herzen liegt.

Differenzen zwischen den Parteien und der Reichsversammlung. Die beiden Leipziger ärztlichen Bezirksvereine beschlossen, so wurde den Blättern am Mittwoch abend gemeldet, am 1. Juni 1914 vom Vertrag mit der Drückkrankenkasse zurückzutreten und von diesem Termin ab die Behandlung der Klassenmitglieder im einzelnen zu liquidieren.

Die nationalliberale Partei auf der Buchgewerbetagung. Auf der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig ist auch die Nationalliberale Partei mit ihrer Werbung vertreten. Nach einer Mitteilung des offiziellen Organs dieser Partei beträgt die Zahl der Zeilungen, die mit ihrem ausdrücklichen Einverständnis zur nationalliberalen Partei gerechnet werden können, 367. Diese Zeitungen haben 2 1/2 Millionen Abonnenten. Nach den statistischen Angaben zählt die Partei 800 000 organisierte Mitglieder und 1 822 670 Wähler. Die Partei hat 43 Vertreter im Reichstage und 250 in den Einzelmandatorten.

Schluß vor Verrat militärischer Geheimnisse. Die Reichstagskommission für die Vorbereitung des sogenannten Spionagegesetzes nahm am Mittwoch die zweite Lesung vor. Es ist ein Kompromiß zwischen bürgerlichen Parteien und der Regierung zustande gekommen, der eine ganze Anzahl Bestimmungen der ersten Lesung, die zum Schutze des Publikums gefaßt waren, wieder beseitigt. Die Beschlüsse der Kommission zum Schutze der Presse bleiben bestehen. Die neuen Änderungen wurden von allen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Erledigung des Gesetzes noch in dieser Session ist damit gesichert.

Die Luftschiffer im allgemeinen Kirchengebet. Die evangelischen Kirchenbehörden veröffentlichen jetzt eine königliche Verordnung, die erlassen ist, nachdem der Generalsynodalvorstand zugestimmt und die Evangelische Kirche anerkannt hat. Danach soll im allgemeinen Kirchengebet nunmehr auch der Luftschiffer gedacht werden. Die Stelle lautet jetzt: „Beschütze das königliche Kriegsheer und die gesamte deutsche Kriegsmacht zu Lande und zu Wasser, insbesondere die Schiffe und die Luftfahrzeuge, welche auf der Fahrt sind.“ Die Verordnung ist gegeben auf Achilleion, also während des Kaiser-Aufenthalts auf Korfu.

Ob jetzt weniger Luftschiffer-Ünglücke passieren werden? Die Kommission des Reichstags zur Vorbereitung des Neuwahlgesetzes hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden des Abg. Dr. Frank (Soz.), zum Stellvertreter den Polen Dr. Chlapowski gewählt.

Ausland.

Neue Greuel auf dem Balkan.

In dem Kampfe zwischen Albanern und griechischen Epikuren, der an der Südgrenze des neugegründeten Fürstentums stattfindet, soll es zu unerhörten Grausamkeiten gekommen sein. Der Telegraph berichtet darüber:

Burazzo, 6. Mai. Der Regierung sind Drahtnachrichten zugegangen, wonach in Parnopa, südöstlich von Zepelen, 200 mohamedanische Albaner, die

Sturmhut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

67. Kapitel.

160] Sie blieben dem Jockey nach, der mit verhängten Jägeln nach dem Schlosse zurück strengte. „Carla!“ sagte der Graf. Er hatte sein Pferd dicht an das ihre herangebracht; sie bog sich zu ihm hinüber, er legte den rechten Arm um den schlanken Leib und küßte sie wieder und wieder auf Mund und Wangen. „Du böser Mangel!“ sagte Carla. Er hatte den Schieler, welchen der Sturm zwischen ihre Gesichter peitschte, mit bestiger Hand beseitigen wollen und ihr dabei den Hut vom Kopfe gerissen. „Aber so sei doch vernünftig, Karl!“ Sie hatte dem Pferde die Jägel auf den Hals gelegt und kniete den Schieler um den Gut. „Vernünftig!“ rief der Graf, „wenn man mit dem schönsten Mädchen, das die Erde trägt, zum ersten Male wirklich allein ist!“ „Du Hölzer!“ sagte sie. Sie hatte den Hut wieder aufgesetzt und befestigt; er wollte das süße Spiel wiederholen. „Nicht einen Fuß belommen Du mich!“ rief sie, ihr Pferd mit der Seite berührend und horchspringend. Er hatte sie bald eingeholt; sie galoppierten eine kurze Zeit nebeneinander her, etwas in das andere belauern, Aug in Auge und oft genug Hand in Hand, des Weges nicht achtend, bis die Pferde beide zugleich mit einem Knall hielten. „Carla!“ rief der Graf. Die Pferde wollten nicht weiter; sie hatten schon längst die Luft kaum noch aus dem durchweichten Boden heben können, in welchen sie jetzt bis über die Kniee versanken. Sie schauten und blickten sich an. „Aber!“ sagte der Graf, „das können wir! Wir können mit dem Hölzer ganz andere Wege geritten, und Dein Gut ist nicht.“ „Gut, aber!“ rief Carla. Sie trieben die Pferde an; die gedüngelten Tiere legten über den schlammigen Grund, durch blankes Wasser, über eine hölzerne Brücke, über alles hinweg, bis der aufsteigende Boden wieder fester wurde. „Aber!“ sagte der Graf, „das können wir! Wir können mit dem Hölzer ganz andere Wege geritten, und Dein Gut ist nicht.“

Sie ritten jetzt, um die Pferde sich verschauen zu lassen, im Schritt auf dem höheren Grund zwischen dem Bach, welchen sie soeben forciert, und dem Bissener Talen, an dessen Fuß die lange Linie des Eisenbahnboomses lief, nach Alsted zu. Der Sturm, den sie so die Stirn boten, sah sie mit Wohlgefallen. Die laufenden Pferde mußten sich vornüber legen, als hätten sie eine schwere Last hinter sich. Ihre Reiter ließen ihnen die Jägel; sie hatten gern die Hände frei. „Eine Entgleisung mit Dir!“ sagte Carla, während ihre glühende Wange fast die seine streifte, „aber ich muß in einer Stunde zurück sein.“ „Dann müßten wir bei Gott jetzt schon umkehren; ich verliere dich, wir können nicht zum zweiten Male durch den Bach; ich kann positiv die Brücke kaum noch erkennen — nach zwei Minuten! Es ist fabelhaft!“ Die mühen hernaeh über Gelfow und Demetow — er deutete mit dem Stiel der Reitpeitsche zurück nach der Hügelkette —, das ist ein horribler Unwetter. „Wauke war so abscheulich.“ „Was ist?“ „Sie wird uns grausam bei Eduard verlasten.“ „Was ist?“ „Du wirst eine schreckliche Szene mit Eduard haben!“ „Wann ist Dir das passiert?“ „Und wenn Du mich hast — ein Mädchen mehr!“ „Carla!“ „Küß! Du schmeißt mir, daß wenn wir zurückkommen, Du in Gegenwart der Baronin, Elise und Herrn Straßis unsere Verlobung aufhört, und daß wir heute über die Wochen Mann und Frau sind!“ „Bedarf es dazu eines Schwurs?“ „Ich will einen Schwur.“ „Sie hatte seine Hand ergriffen, die sie an ihren Hüften schützte.“ „Wohin soll ich schwören? Bei dieser kleinen Hand; bei diesen goldenen Hüften; bei Deinem süßen Selbst, das ich vor Liebe ansetzen möchte.“ „Bei Deiner Ehre!“ „Es wage nicht die losende Stimme des Hölzer! Die Worte können gerührt, als ob ihr der rasende Sturm die Brust heizte. Und so kam die Antwort zögernd und bellommen: „Bei meiner Ehre!“ Seine Augen, die vorher in Leidenschaft schreimend, auf sie gefaßt gewesen waren, starrten jetzt trübe; sie zog langsam über das Gesicht, das der seinen, warf das Pferd herum und galoppierte davon. „Die Verlobung war so leicht aufgehoben, daß es ihr gar nicht möglich gewesen wäre, dieselbe zu verhindern. Aber auch jetzt hielt er sein Pferd, welches sich ebenfalls erhaben hatte, und

„Soll ich sie laufen lassen?“ Es war sein erster Gedanke, dem eine Flut von andern nachfügte: das unermessliche Renkontre mit Orlomar, seine verzweifelte finanzielle Situation, die durch Carlas hunderttausend Taler kaum in etwas besser wurde; die Erinnerung an eine Cousine in Schweden, die eine Million zur Miltigt gebracht hätte und die ihm in diesen letzten Tagen wider alles Erwarten — er hatte mit der anderen Witte jahrelang in bitterster Feindschaft gelebt — offeriert war; und daß sie, die da sorglos galoppierte, doch an Grunde garnicht zu ihm passe, und daß er eigentlich nur in sie verliebt sei und sie gern besessen haben möchte, — ein Mädchen mehr! — sie hatte es ja selbst gesagt, als der erste, wenn er der erste war! Sie war eben sehr dringend gewesen! Das bewachte, durch den Sturm so schon verängstete Pferd, das seinen Gefährten weiter und weiter einschmelzen sah, schamte sich hoch und schloß dann, als sein Reiter es herunterdrückte, wie ein Pfeil vorwärts. Der Graf hätte es in diesem Augenblicke vielleicht nicht einmal halten können, aber er wollte es auch nicht; er gab ihm noch die Sporen und hatte in wenigen Sekunden — sein Jögern hatte auch nur Sekunden gedauert — Carla eingeholt. „Carla, Carla!“ „Soll Du nicht mich nicht!“ Er schob vor, daß er ihr Pferd am Jägel ergreifen konnte, parierte dann das seine und brachte so beide zum Stehen. „So entkommst Du mir nicht!“ Die Witte ihn fast feindselig an. „Aber Carla, dies ist ja Tollheit!“ „Ich bin toll, mirwelle sie.“ „Und ich bin — toll — verliebt in Dich. Wir sind's beide; ich will Dich sein — ganz toll!“ Seine schönen weißen Zähne blühten, wie er es immer rief, sie mit dem Arm umschlingend. „Ich reißte Dich zu mir auf!“ „Sie schloß, daß er die Kraft habe, es auszuführen; die Sinne vergingen ihr fast; sie warf sich wie eine Bacchantin mitwärts, um mit beiden Armen umschlingend: „Mit Dir, mit Dir! Miran mich, nimm mich! Ich bin Dein, Dein, Dein!“ „Du liebes, süßes Mädchen!“ Er hatte sich um das auf ihre schwebenden Ohren gedreht; jetzt ließ er sie aus seinen Armen zurück in den Sattel gleiten, aus dem er sie hoch heraufgehoben, gab ihr die Jägel wieder in die Hand und, selbst zugleich die Pferde heranzuführen, ritten sie, Seite an Seite stehend — er hatte es, da sein Pferd das kleinere und leichtere war, in seinem Gewalt — dem Sturm entgegen, den ebenfalls sie schwebenden Man längs des Eisenbahnbooms nach Alsted trieb.

vor den Epitoten nicht geflüchtet waren, gefangen genommen und in das benachbarte Dorf Stodra geschleppt worden sind. Dort seien sie in die orthodoxe Kirche gebracht und förmlich gekreuzigt worden. Die Kirche sei dann in Brand gesetzt worden. Albanische Gendarmen, die zwei Tage später Stodra besetzten, hätten die verkohlten Leichname der Unglücklichen vorgefunden.

Eine Bestätigung der Meldung ist bisher noch nicht eingegangen. Die Greuelthaten, die der von Kassenkämpfen blutgedüngte Boden Albanien schon gesehen hat, sind jedoch so zahlreich und schrecklich, daß auch den Meldungen über diese unerhörte Grausamkeit leider eine gewisse Wahrscheinlichkeit nicht abzuspüren ist.

Nach Meldungen aus Kastoria haben die bei Erschließung der Epitoten sich mit den Aufständischen des Bezirkes Koriza vereinigt und marschieren nunmehr gemeinsam auf Koriza. Das epirottische Komitee in Saloniki fordert Verlegung der Dienstposten und Verpflegungspersonal auf, sich freiwillig zu melden.

Sensationsprozeß gegen russische Staatsklüger.

Am Donnerstag beginnt in Utschbat ein militärischer Sensationsprozeß. Angeklagt sind ein General, zwei Offiziere, zwei Beamte und ein Mann wegen Verkaufs der in dem Arsenal lagernden Munition und Waffen an Perser. Das Hauptkontingent der Angeklagten stellen die persischen Schmuggler.

Der 1. Mai in Riga.

Die diesjährige Maifeier, die in Riga im Gegensatz zu dem übrigen Rußland, nach neuem Kalender stattfindet und die unter dem Zeichen der verstärkten Reaktion und der anwachsenden Arbeiterbewegung stand, verlief sehr glänzend. Trotz den von der Kommissarion getroffenen Maßnahmen, umfangreichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, konnte sie nicht verhindert werden. In vielen Betrieben wurde die Arbeit schon Donnerstag nachmittag niedergelegt. Nach offiziellen Berichten feierten am 1. Mai 45 000 Arbeiter, tatsächlich war die Zahl aber bedeutend größer. Alle größeren Betriebe feierten, in 104 Fabriken war die Arbeit ruhe vollständig, in anderen wurde nur teilweise gearbeitet. Die Straßen waren am Nachmittag von Arbeitern gesäumt, gegen Abend fanden Demonstrationen statt; rote Banner wurden getragen und Arbeiterlieder gesungen. Polizei trieb die Demonstrationen auseinander. Über 60 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Feier hinterließ einen starken Eindruck.

Die Maifeier in Italien.

Mit der seit Jahren üblichen Ferialität hat das italienische Proletariat auch diesmal das Fest der Arbeit begangen. In allen größeren Städten, so in Rom, Mailand, Genua, Turin, Florenz haben große Umzüge stattgefunden, die nirgends, soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, durch Exzesse der Polizei gestört wurden. Wie in den anderen Jahren sind auch diesmal keine Zeitungen erschienen, ist kein Brot gebacken worden, und die Trambahnen und Droschken haben ihren Dienst eingestellt. Diese Einstellung ist wesentlich sichtbar als die Arbeitsruhe in den Fabriken, auf den Bauern und auf den Feldern, wo sie auch in diesem Jahre mit großer Solidarität durchgeführt wurde. Im Gegensatz zu den anderen Jahren, wo wie ein „liberale“ Kabinett hatten, sind in diesem Jahre fast gar keine Verbote zu verzeichnen. Ein Malariafieber der irdischen Arbeiterkammer wurde von der Präfektur verboten, und ähnliches ist hier und da in anderen Städten geschehen. Von der Eingekerkert der früheren Jahre, die sich namentlich in dem systematischen Verbot der Umzüge zeigte, ist aber in diesem Jahre nichts zu hören gewesen. Trotzdem ist das Maifest durchaus nicht als eine unglücklich bedeutungslose Frühjahrsfeier verlaufen, zu der die Bürgerlichen es gern umgestalten möchten, sondern hat in seinen Versammlungen sehr stark den Charakter des Protestes gegen die herrschende Klasse, gegen den Militarismus und Nationalismus zum Ausdruck gebracht.

Die Situation in Mexiko. General Funston teilte dem Kriegsrat mit, er müsse einen Teil seiner Truppen, um das Detachement bei der Wasserstation vor der Vernichtung durch die Mexikaner zu schützen, neun Meilen vordringen. Die Flotte landete in Veracruz bisher 15 Geschütze.

Es wird jetzt von dort gemeldet, Querta und seine Familie seien nach Salina Cruz (am Stillen Ozean) abgereist, doch handelt es sich vorerst um ein unbefestigtes Gerücht.

Die Belgier in Mexiko wurden instruiert, falls sie gefährdet seien, deutschen Schutz aufzusuchen.

London, 6. Mai. In Washington erhält sich hartnäckig das Gerücht von einer Revolte der mexikanischen Gar-nison in Mexiko-Stadt. Die Truppen sollen sich gegen Querta erhoben haben. Zwischen dem Rest der Anhänger Quertas und den Empörern sollen sich schreckliche Straßenkämpfe abgepielt haben. Eine offizielle Bestätigung dieser Gerüchte liegt jedoch nicht vor.

Gegen die politischen Offiziere. Der Unterrichtsminister Biviani, der an Stelle des in Alger weidenden Ministers Rouleus interimistisch das Kriegsministerium leitet, ließ vom Präsidenten der Republik einen Erlaß unterzeichnen, durch den die Leutnants Le n n e und S i p o n vom 2. Infanterieregiment in Verbund in den inaktiven Stand versetzt werden, weil sie während der Wahlkampagne Flußkristalle zugunsten des nationallistischen Kandidaten des Generals Mattrot, verbreiteten, die scharfe Anweisung gegen das republikanische Regime enthielten. Von nationalistischer Seite wurde die Maßregelung der beiden Offiziere natürlich getadelt und bedeutet, daß Biviani, die ihm vorübergehend anvertraute Leitung des Kriegsministeriums zu einer so harten Bestrafung der beiden Leutnants benutzte.

Gewerkschaftliches.

Krankentassen-Angestelltentag für die Provinz Schlesien.

Die Bezirksleitung Schlesiens des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands hatte für Sonntag, den 3. Mai, einen Kassenangestelltentag nach Breslau einberufen, der recht angeregt verlief. Die Versammlung war einberufen worden, um Stellung zu nehmen zu den Änderungen, die sich am 1. Mai bei der Neuorganisation der Reichsversicherungsordnung für die Kassenangestellten in Bezug auf die Dienstordnung und sonstigen Anstellungsbedingungen notwendig machen.

Den einleitenden Vortrag hielt Kollege Brenke aus Schwabach über „Lebensliche Erfahrungen bei Schaffung der Dienstordnungen und ruhegehaltberechtigte Anstellung oder nicht“ (nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung). Neben dem Vortragenden waren Kollegen aus Posen, Glogau, Glatz, Ratibor, Neumark, Silesien, Oppau, Gogen, Glogau und Leipzig anwesend.

zundchst die Vorteile hervorhob, welche für die Kassenangestellten durch den zwischen dem Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen und dem Verband der Bureauangestellten abgeschlossenen Tarifvertrag erwachsen sind. Wenn der Tarif auch Mängel aufweise, so sind die Verbesserungen für die Kollegen doch ganz nennenswert. Der Verband der nationalen Krankenkassenbeamten (siehe dem Tarif zwar ablehnend gegenüber, seine Mitglieder haben aber doch die Vorteile auch für sich ausgenutzt. Von den Behörden sei die Zweckmäßigkeit des Tarifabkommens ebenfalls anerkannt worden, und bei Aufstellung der einzelnen Dienstordnungen habe man recht viele Bestimmungen des Tarifs dieser zu Grunde gelegt. Aber auch sonst habe der Verband der Bureauangestellten bei Beratung der Reichsversicherungsordnung seinen Einfluß geltend gemacht und auch verschiedene Verbesserungen für die Angestellten durchgesetzt. Nachdem der Verband noch die amtliche Dienstordnungsänderung eingehend kritisiert und die Verschlechterungen für die Kollegen beleuchtet hatte, empfahl er schließlich, überall dafür einzutreten, daß die tarifliche Dienstordnung, die für die Angestellten bedeutend günstiger sei, bei den Kassen eingeführt wird.

Die ruhegehaltberechtigte Anstellung sei nicht — wie es den Anschein habe — zum Wohle der Kollegen, sondern zu ihrem Schaden. Die Regierung verfolge hiermit zweifellos den Zweck, die Militär-anwärter, für die sie Unterkommen schaffen muß, in die Krankentassen hineinzubringen. Es ist zweifellos, daß durch diese Maßnahme die schon arg beschüttete Selbstverwaltung der Krankentassen noch mehr beschränkt wird. Die Nationalen befürworten allerdings die ruhegehaltberechtigte Anstellung, übersehen aber hierbei den Nachteil, den sie ihren Kollegen und vor allem ihrem Nachwuchs zufügen. In Zukunft wird es nicht mehr möglich sein, daß sonst begabte Personen, die jedoch nur eine einfache Schulbildung genossen haben, in die Kassen hineinkommen; man wird die Anstellung vielmehr — wenn man nicht Militärkandidat ist — von einem bestimmten Bildungsgange abhängig machen. Schon jetzt hat man Offiziere in die Krankentassen untergebracht. Vor allem sei aber die Beförderung der besseren Stellen schon jetzt für die unteren Angestellten nicht mehr möglich. Nachdem Kollege noch einige krasse Beispiele über die Maßregelung von Beamten angeführt hatte, empfahl er schließlich, die ruhegehaltberechtigte Anstellung möglichst abzulehnen. Diese könne durch Selbsthilfe ebenfalls erreicht werden. So habe bereits der Verband der Bureauangestellten eine solche Versicherung geschaffen, die bei geringen Beiträgen recht gute Renteleistungen zahle.

In der Aussprache trat der Vorsitzende des Deutschen Bundesvereins der Krankentassenbeamten, Herr Michael, den Ausführungen Brenkes entgegen. Er vertritt die Ansicht, daß die ruhegehaltberechtigte Anstellung für die Kassenangestellten notwendig sei und man mit den Behörden unbedingt Hand in Hand gehen müsse. Seine weiteren Bemerkungen, daß der Verband der Bureauangestellten „sozialdemokratische Tendenzen“ verfolge, wurde gelächelt von Kollege Seyner zurückgewiesen, so daß Michael schließlich zugeben mußte, er habe sich geirrt. Auch Herr Böhm hält die ruhegehaltberechtigte Anstellung für das Beste und ist der Ansicht, daß nur die im nationalen Verbande organisierten die echten Kassenbeamten seien.

Kollege Mühlke besprach die Verhältnisse in der Neumarkter Klasse, die er als sehr verbesserungsbedürftig bezeichnete.

Zum Schluß wurde folgende Entschließung gegen die vier Stimmen der nationalen Kassenbeamten angenommen:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Insbesondere erklären die Anwesenden, daß ihnen an der Übertragung der Rechte und Pflichten als Staats- und Gemeindebeamten nichts liegt und sie jede Regelung der Ruhegehaltfrage ablehnen, die mit solcher Übertragung verbunden ist.“

Stadt und Provinz.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Im Gewerkschaftshaus zu Breslau tagte am Mittwoch eine Mitgliederversammlung, die sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Sent gab den Geschäftsbericht für das erste Quartal 1914. Die Tätigkeit des Vorstandes war eine sehr gesteigerte wegen der vielen Differenzen, die mit den Unternehmern auszusuchen waren. Auch durch die Aussperrung der Arbeiter in den Zinke-Polmann-Werken, wurde der Transportarbeiter-Verband stark in Mitleidenschaft gezogen. Bei der Firma Gebrüder Barasch scheint die Absicht vorzuherrschen, freigelegte Arbeiter nicht einzustellen bzw. sie, wenn irgend ein Anlaß vorliegt zu entlassen. Es werde nötig sein, der Sache ihr die Folge mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Ein nicht weniger als arbeiterfreundliches Verhalten zeigt die Lokat-Gesellschaft, die da glaubt, angesichts der Arbeitslosigkeit mit dem Verbands spielen zu können. Mit der Firma W e i s s o u. W a l d i c h m i t t ist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, der den Beteiligten einige Verbesserungen bringt. Sent erwähnt die Kollegen, nicht zu rasen an der Arbeit, den Verband zu stärken. Die Verwaltungsstelle Breslau des Transportarbeiterverbandes zählt 9680 Mitglieder. Die Versammlung beschloß weiter einstimmig freiwillige Extrabeiträge zu zahlen.

Ueberhold erklärte sodann den Kassenbericht. Daß die Arbeitslosigkeit noch immer eine große ist, ergibt sich aus den Summen zur Unterstützung. Es wurden an Arbeitslosen in einem Vierteljahr 6534 Mark, an Kranke 9111 Mark gezahlt. Streikgelder wurden an 856 Mann 42948 Mark gezahlt. Zu den Osterfeiertagen erhielten die verbeirateten Ausgesperrten eine außerordentliche Unterstützung von 5 Mark, die Ledigen 3 Mark. Von der 7. Woche wurde die Streikunterstützung um 1 Mark erhöht. Nach längerer Aussprache wurde der Verwaltungsentlassung erteilt. Der Vorstand beantragt darauf, nachdrücklich für die gezahlten Extrabeiträge zu sorgen die Genehmigung zu erteilen. Das geschah. Die Versammlung sprach einstimmig der Verwaltung ihr volles Vertrauen aus. Wenn nötig, sollen die Ausgesperrten auch ferner besondere Unterstützungen erhalten.

Kaufmann der Holzarbeiter in Langensl. Bei der Firma Schlesiensche Holzindustrie-Aktien-Gesellschaft, vorm. K u i s e w e y h u. S c h m i d t in Langensl. sind am Dienstag früh alle Arbeiter in den Streik getreten. Der Grund dafür liegt in der fortwährenden Umgehung des bestehenden Tarifvertrages, sowie in einer kleinlichen schändlichen Behandlung der Arbeiter, durch die seit Januar am Ruder befindliche Betriebsleitung. Zugunsten der Holzarbeiter aller Art bitten wir fernzuhalten.

Weniger Reich und Anlaß. Von der Vertragstrennung der Berliner Metallindustrie-Aktion. Seit der letzten Lohnbewegung der Hammer und Diebstahlaktion im Jahre 1911 besteht für die Metallindustrie in Berlin eine Vereinbarung. Danach soll eine Verständigung zwischen Arbeiter und Betriebsleitung bei Festlegung der Reallohnfindung. Gelingt die Verständigung nicht, dann wird die Arbeit im Lohn hergestellt. Die Betriebsleitung der Firma Siemens u. Co. hat die Vereinbarung nicht halten zu brauchen, und wies, wohl die Arbeiter wie auch die für solche Fälle vorgesehene Kommission scharf ab. Es lag noch etwas vom Arbeitspreis ab. Daraufhin machte noch der Arbeiterausschuß eine Versuchung zur friedlichen Regelung. Doch die Betriebsleitung erklärte, wer für den von der Betriebsleitung vorgeschlagenen Preis nicht arbeiten wolle, könne gehen, die Preise bestimmt die Betriebsleitung.

Die nunmehr von der Organisationsleitung entsandene der Betriebsleitung vom Jahre 1911 eingeleitete Verhandlungsaktion beim Verband Berliner Metallindustrie-Aktion hatte keine guten Früchte. Die Hammer und Diebstahlaktion der Firma Siemens u. Co. hat beschlossen, deshalb die Arbeit nicht abzugeben. Die Firma versucht ihre Streitigkeiten anderweitig unterzubringen, und werden alle in Streitigkeiten der Betriebsleitung von etwa 100000 Mark. Die Betriebsleitung hat sich nicht zu bewegen lassen, die Arbeiter zu unterstützen.

Zum Streik der Holz- und Expeditionen in Langensl. Nebenwillige wurden bisher nicht genommen. In den letzten Tagen wurden die Arbeiter bereits 167 Mal in den Streik getrieben. Gegenüber den unersahenen Meldungen der Betriebsleitung muß wiederholt festgestellt werden, daß die Arbeiter in wehrsam sind. Sie erheben keine Forderungen, sondern wollen leblich den bisher geltenden Vertrag um ein Jahr verlängern und sind zu Verhandlungen für ein weiteres Vertragsjahr bereit. Der Unternehmerverband hat bisher alle Verhandlungen rundweg abgelehnt.

Der Streik der Fahrleute in Dortmund. Die in Dortmund bewegte Bild infolge des Eingreifens der Polizei gegen die betroffenen Firmen, die versuchen, mit Streikbrechern die Betriebe aufrecht zu erhalten. Auf allen Wagen der Straßenbahn, auf den Lastwagen der Expeditionen, überall hat ein Mann, Rutscher neben dem Rutscher ein Schutzmann genommen. In der Nähe der Lagerräume der betroffenen Firmen sieht man große Schutzmannsaufgebote zu Fuß und zu Pferd. Die Straßen werden abgesperrt und große Kolonnen sammeln sich insolge dessen an. Es ist wieder genau wie bei früheren Anlässen, wo schon oft das Vorgehen der Polizei in großen Straßenschlachten Anlaß gegeben hat. Es ist auch schon zu ernstlichen Konflikten mit dem Polizeifeld gekommen.

Generalkrieg der spanischen Flotte. Am Mittwoch der Generalkrieg der Kapitane, Offiziere, Matrosen und anderer der Handelsflotte in Bilbao ausgebrochen, da die Arbeiter mehrer Unnachgiebigkeiten gezeigt haben. Die Mannschaften der Schiffe in Barcelona, Coruna, San Sebastian, Gijon, Quesos und Bilbao haben sich dem Streik angeschlossen.

Schlesien und Posen.

Das „liberale“ Vereinsgesetz.

Zur Beachtung für unsere Vertrauensleute in den Gewerkschaften, namentlich aber der Vereine, die in neuerer Zeit nach Kräften bemüht sind, aus jeder Gewerkschaftsveranstaltung ein solches politisches Charakter zu machen und dementsprechend Urteile wegen Verletzung des „liberalen“ Vereinsgesetzes zu fällen, diese folgende Entschreibung des Bundesrats:

Der Glasmachermester Hermann K. aus Glogau hat eingeklagt, das Vereinsgesetz übertreten zu haben, da er es nicht lassen konnte, eine Versammlung, die nach Ansicht der Reichs-politische Zwecke verfolgte, politisch anzumelden. Das Reichsgericht in Ruzland hat ihn zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. Am Montag d. 3. Mai hat er als Vertrauensmann der Glogauer Hohenboda des Glasarbeiterverbandes eine Rede gehalten, die als eine Agitation bezeichnet wurde. Der Angeklagte bestritt, sich im Sinne der Rede schuldig gemacht zu haben. Die Versammlung war in Glogau abgehalten worden. Der Senat, der zum Schluss die Versammlung befreite, behauptete, daß der Redner eine Tätigkeit in einer Organisation anforderte; auch soll er bei der „Kapitalismus“ verurteilt haben. Auf Grund dieser Angaben hat die Strafe über den Angeklagten verhängt worden. Die Reichsregierung hat sich, daß nach Entschreibung des Bundesrats, die Versammlungen an sich nicht als politisch angesehen werden können. Der Senat hat die Freisprechung. Der Reichsgericht erklärte nach dem Antrage, weil in der Verhandlung kein Angeklagter nicht bewiesen werden konnte, daß er sich gegen das Vereinsgesetz vergangen habe. Die Aufforderung zur Freisprechung in die Organisation sei nicht politisch zu bewerten, falls nicht das Wort Kapitalismus, wenn es im Zusammenhang von gewerkschaftlichen Fragen gebraucht wird, beweisend sei die Freisprechung geboten.

Wundern muß man sich allerdings, daß eine so formale Angelegenheit erst durch die höchste Instanz entschieden werden muß, denn das Urteil dieser Instanz ist nicht bindend, was im Reichsvereinsgesetz steht und was man bei jedem Willen auch herauslesen kann. Aber wie leben ja in Preußen Deutschland, und da ist alles, aber auch alles möglich.

57 727 830 Mark

Wehrbeitrag in der Provinz Schlesien.

Nachdem nunmehr auch im Regierungsbezirk Oppeln die vorläufige Ermittlung des Wehrbeitrages zum Abschluss gekommen ist, steht die Summe fest, die von der Provinz Schlesien voraussichtlich als Wehrbeitrag auskommen wird. Nach der vorläufigen Feststellung betragen die Summen für den Regierungsbezirk Breslau 26 876 415 Mark, für den Regierungsbezirk Glogau 13 971 415 Mark, für den Regierungsbezirk Oppeln 17 800 000 Mark. Für die ganze Provinz Schlesien ergibt das eine Summe von 57 727 830 Mark.

Stolbergdorf, 7. Mai. Der falsche Bippel. Am Dienstag wurde hier ein Mann festgenommen unter dem Verdacht, der vielgesehene Mörder Bippel zu sein. Der Gefangene miene bezeichnete sich aber als ein Deferteur vom 16. Infanterie-Regiment in Gdansk, von dem er seit drei Wochen entfernt ist. Er wurde am Mittwoch vormittag nach Schwabach überführt.

Kofeke
Kinder-nahrung
Kranken-kost
Bei Unruhe und Regenschauern

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Mai.

Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins

Breslau weisen wir nochmals darauf hin, daß heute abend die General-Versammlung fortgesetzt wird. Besonders wichtig sind die Neuwahlen des Vorstandes und der Ausschüsse.

Katholiken unter sich!

Mit Wonne drückt die „Schles. Volksztg.“ folgende An-
gebungen eines katholischen Pfarrers nach, die aus dem
ebenfalls katholischen Baderborner Volksblatt stammt und sich
gegen den Reichshaler Pfarrer Dr. Nieborowski
richtel:

Die bodenlose Frechheit der integralen
Katholiken wächst nachgerade ins Unendliche. Nicht genug
damit, daß sie in ihren Predigten die verdorbenen Säulen
der deutschen Wahrheit immer und immer wieder mit ihrem
leeren Gerede der Gerechtigkeit und christlichen Nächstenliebe ver-
schleppen lassen, so erheben sie auch und ohne weiteres die ver-
derbten Priester ihre kirchliche Exorz und Hochgläubigkeit
zu sprechen, daß sie in der unerhörtesten und unver-
schämtesten Weise deutsche Bischöfe angreifen, nehmen sie
sich an und frei auch gegen den P. Vater selbst vor, sobald
ihre Entschuldigungen und Maßnahmen nicht in ihren Kram
passen.

Hier folgt das Bild eines holprigen Gedächtnis, das Dr.
Nieborowski auf Erzbischof Wettinger gerichtet hat, der früher
die Verhandlungen mit den roten Sozialdemokraten in
Bayern führte und jetzt zur roten Kardinalstracht gekommen
ist. Dann führt das Heilige Donnerwetter fort:

Eine solche skandalöse Leistung, die richtig zu
karakterisieren und jeder parlamentarische Ausdruck fehlt, darf
sich ein „papsttreuer“ Priester leisten. Fast das ganze Elend
die historische Wahrheit auf den Kopf stellt und die alten Wän-
delsmännchen, die weiß Gott schon zum hundertsten Male wieder-
holt worden sind (wo denn, ihr Schwinder?) wieder aufbringt,
sei nur nebenbei bemerkt. Fragen muß man sich aber doch, was
denn eigentlich vor den gemeinen Angriffen der Inte-
gralen noch sicher ist. Die Sache wird denn doch allmählich
mehr als unerträglich und wir meinen, daß das Maß nun so
überwollt ist, daß auch die kirchliche Obrigkeit jetzt nicht
mehr anders kann, als solche Männer wie Nieborowski
endlich völlig ungeschädlich zu machen. Die un-
ausführbare Frechheit der Integralen ist nur darauf zurück-
zuführen, daß ihnen bis jetzt alles ungestrast hinging, und
überhaupt fürchtet Nieborowski auch wegen seiner neuesten
eminent „integral-katholischen Tat“ keineswegs irgend welche
Maßregelung. Da dürfte es doch die allerhöchste Zeit
sein, ihn eines anderen zu belehren. Sollte das nicht
geschehen, dann müßte schließlich der Verdacht aufkommen, als
ob es nur der Eigenhaft „integral“ bedürfte, um für alles
größtenteils Verdächtigungen und Unreue zu sein.
Die Blütenlese zeigt die fromme Duldsamkeit und
kirchliche Toleranz der Pfaffen untereinander. Wenn sich
die Brüder in Christo selber mit Frechheit, Meberträchtigkeit,
Gemeinheit zc. regulieren, dann wollen wir ihnen in Zukunft
nicht übernehmen, wenn sie uns Sozialdemokraten aus dem-
selben vornehmen Lexikon bebenen.

Daß dem Reichshaler Pfarrer die Lust abgedreht werden
soll, ist auch so ein Zeichen christlicher Liebe, die sich ge-
legentlich über den Terror der Sozialdemokraten erhebt.
Scheinheilige Sippchaft!

Gebärstreit und Gebärzwang.

Eine Arbeiterfrau und Parteigenossin schreibt uns: „Es
ist unsere heiligste Pflicht, möchte auch ich mit der Volkswacht
sagen, daß wir für Aufklärung sorgen unter den Arbeiterinnen
Kleinhalten der Familie. Der Sozialismus wird uns von
allem Elend befreien, sagt Genossin Zieg. Das hört sich alles
schön an, aber so lange wir ihn nicht haben und billige
Wohnungen und billige Nahrungsmittel, müssen wir eben zur
Selbsthilfe greifen. Wir sollen nicht nur uns aller Vorbeugungs-
mittel bedienen, sondern wir sollen auch mit aller Energie die
Abwehr des Abtreibungs-Paragrafen in seiner gegen-
wärtigen Fassung fordern. Dem Arzt muß freie Hand gegeben
werden, damit er bei tuberkulösen Frauen oder wo alle Mittel
verfehlen, helfend eingreifen kann. Es gibt unter den Ärzten
heute schon viele, die auch der Arbeiterfrau gern helfen möchten,
aber sie wissen nur zu gut, die Frauen können nicht reinen
Mund halten und es kostet dann dem Arzt die Praxis. Durch
die Befreiung dieses Paragrafen wird die Denunziation unter
den Frauen aufhören, denn oft geschieht es aus Rache, weil eine
der anderen nicht gönnt, die weniger Kinder hat. Die
Abtreibungsmittel würden weniger, die Polizeischüsse wie Genossin
Zieg sie schildert, würde ein Ende haben.

Wer das Frauenelend so kennt, wie ich, der wird mir zu-
himmeln, wenn ich sage: Dieser Paragraf ist die größte
Anbahnung, die schlimmste Vergewaltigung des Frauenrechts;
seine Befreiung wäre für die Arbeiterfrau der erste Schritt
in die Freiheit.“

Die Armut vor Gericht.

Ein 55jähriger Arbeiter, der das Verbrechen beging, in
einem Geschäftsbüro um eine kleine Gabe anzusprechen, bekam
dafür einen Strafbescheid über sechs Wochen Haft, das
höchste zulässige Strafmaß. Der Mann erhob Einspruch, den
das hiesige Schöffengericht zu prüfen hatte. Sorgengebrückt, mit
eingesunkenen Wangen und in schlechter Kleidung schiederte
der Angeklagte sein Elend. Der Verurteilte kam heute nicht mehr
auf, weil er krank ist. Die Frau des „Bettlers“ verdient sich
durch ihrer Hände Arbeit einige Mark die Woche. Doch lang
das kaum zur Miete.

Der Herr Staatsanwalt glaubte dem Manne vorhalten zu
müssen, daß zwei seiner Kinder ebenfalls etwas beitragen zu
den täglichen Lasten. Da hätte der Angeklagte durchaus nicht
nötig zu betteln. Sechs Wochen Haft seien aber ein bißchen
zu hoch gegriffen, meinte der Vertreter der Anklage und bean-
tragte, die Strafe auf vier Wochen Haft herabzusetzen.
Das Gericht erklärte nach diesem Antrage. Der Vorliegende,
Amtsgerichtsrat Kügler, gab dem Verurteilten folgende Mah-
nung: „Wir sind Ihnen Medial geland, die Strafe etwas
herabsetzen zu lassen. Aber ich rate Ihnen, nehmen Sie sich
in acht und lassen Sie sich nicht wieder beim Betteln ertappen.
Das nächste Mal können Sie ins Gefängnis wandern.“

leitsunkelig sind, dann müssen Sie darum einkommen, daß Sie
wo untergebracht werden. Wir haben bereitwillig Einrichtungen.
Nehmen Sie sich also darnach.“

Zuletzt Ratichke sind schnell gesehen. Geisli, in Breslau
werden Millionen für die Armen ausgeben; aber irrtümlich
ist keineswegs so gefordert für sie, daß sie nicht nötig hätten, an
mittlere Menschen heranzutreten. Der frange Mann geht auf
vier Wochen ins Gefängnis! Dort hat er Essen, Kleider und
auch ein Bett; nach dieser Zeit muß er wieder dauen und
hungern. O ja, es ist bei uns alles wohl bestellt.

Der Zoologische Garten im Jahre 1913.

Die Aktiengesellschaft Zoologischer Garten hielt am Mittwoch
ihre Hauptversammlung ab; den Vorsitz führte Fabrikbesitzer Ke nna-
Nach dem Geschäftsbericht hat das Jahr 1913 die schönsten Hoffnungen
erfüllt; der große Fremdenverkehr der Jahrhundert-Ausstellung
sei an der Spitze des Gartens vorübergestulst.

Nur dank der von Magistrat und Stadtverordneten gewährten
Beihilfe von 20.000 Mark für das Jahr 1913 konnte ein Teil der
vorhandenen Verpflichtungen erfüllt werden. Die Einnahme für
Eintrittskarten war mit 99.676 Mark um 4070 Mark höher, die
für Dauerkarten mit 27.602 Mark dagegen um 19.257 Mark nied-
riger als im Vorjahre. Für Reit- und Fahrkarten wurden 1344 Mk.
also auch 402 Mark weniger gezahlt.

Wegen Abnahme von Eintrittsgeld besuchten den Garten
287.001 Personen, 43.754 weniger als im Vorjahre.

Die Jahresbeiträge der Provinzialbehörden von 1000 Mark
und die der Stadt Breslau von 5000 Mark wurden wieder in
bankrotter Weise bewilligt. Von dem als freiwillige Gegen-
leistung gewährten freien Eintritt für sämtliche Volks-
schulen der Stadt und Provinz und für Waisen-, Taubstummen-
und wohltätige Erziehungsanstalten, die einmal im Jahre, wurde in
erfreulicher Weise die Förderung des naturkundlichen Unterrichts
erfreulicher Weise im Laufe des Jahres gemacht. Es besuchten den Garten
in der Zeit vom 11. Mai bis 25. Oktober 92 Volksschulen aus der
Stadt mit 23.617 Schülern und 678 Lehrern und Lehrerinnen,
sowie 228 Landschulen aus der Provinz mit 14.113 Schülern und
690 Lehrern und Lehrerinnen. Die Schulen waren begleitet von
2800 und 1602 Angehörigen der Schüler, denen der Eintritt zur
Hälfte des sonstigen Eintrittspreises gewährt wurde. Ermäßigte
Preise wurden ferner verschiedenen höheren Lehranstalten, Semi-
naren, Fortbildungsschulen und dem Pfadfinderverband gewährt und
43 böhmerischen Bürger- und Fachschulen, die mit 1942 Personen
den Garten besuchten.

Die Pachtsummen betragen 28.051 Mark, für die Anlage
der Lauchfontäne, deren Motoren und Pumpen zugleich der Spring-
anlage des Gartens dienen, wurden 32.020 Mark ausgegeben. Das
Gartenanlagenkonto erforderte 15.911 Mark, das Baureparaturen-
konto 13.259 Mark, das Inventarergänzungskonto 3676 Mark, das
Fütterungskonto (nach Abzug des Erlöses für verkaufte Tiere)
9162 Mark, das Futterkonto 40.511 Mark Ausgaben. Der Tier-
bestand betrug am Jahresabschluss 1009 Tiere in 400 Gattungen
und 603 Arten; sein jährig geschätzter Gesamtwert belief sich auf
78.175 Mark, hoch steht er nur mit 62.135 Mark zu Buch. Der auf
9852 Mark geschätzte Pflanzenbestand steht mit 1 Mark zu Buch.
Gewinn ist worden dem Garten insgesamt 368 Tiere in 111 Arten,
und 148 Stück Pflanzen in Töpfen und Kübeln. Die Tierverluste
betrugen sich auf 13,58 Prozent gegen 15,67 Prozent im Vorjahre.
Der Rechnungsergebnis ergibt einen Gewinnüberschuss von 413.700 Mk.

Die Hauptversammlung stimmte dem Geschäftsbericht zu und
entlastete den Vorstand und den Aufsichtsrat. Vom Gewinnüberschuss
wurden 5 Prozent dem Reservefonds und der Rest dem Ergänzung-
fonds überwiesen. An Stelle der ausfallenden Dividenden wurden
den Aktionären wie bisher 1 Prozent in Eintrittskarten zugewiesen,
die aber nicht, wie bisher, nur bis zum Jahresabschluss, sondern bis
zum 30. April 1915 gelten sollen.

Vom 1. bis 24. August 1914 wird eine Völkergemeinschaft
dem oberen Mittell unter Führung des Herrn Marquardt im Garten
auftreten. Im nächsten Jahre will der Zoologische Garten sein
50 jähriges Jubiläum feiern.

Die verunglückte Wasserrutschbahn.

Der Kaufmann Adolf Stasch rief Ende 1912 ein Kredit-
Unternehmen ins Leben. Einige Geschäftsleute beteiligten
sich an dieser Gründung und gaben etliche tausend Mark
her. Das „Kreditinstitut“ erhielt die Bezeichnung „Kredit-
und Sparbank zu Breslau, e. G. m. b. H.“ Die
Mitglieder wurden zu einem Anteile von je dreihundert
Mark verpflichtet, den sie nach dem Statut in kleinen Raten
einzahlen durften. Da die für das Unternehmen genommenen
Sauptmittel der Sache nicht recht traunten und nichts einzuholen
wollten, wurden die vorhandenen Gelder immer knapper. Stasch
mußte sich aber aus der Klemme zu helfen. Er nahm
einen Kaufmann als Rentanten an und löderte ihm tausend
Mark ab, die als Kautions gelten sollten. Der Angestellte
merkte leider zu spät, daß sein Geld verloren war, und er konnte
auch auf dem Prozeßwege nichts wiedererlangen. Am Jahres-
abschluss wurde ein falscher Abschluß gemacht, so daß der Anleiher
erweckt wurde, die „Bank“ stehe auf gutem Grunde. Tatsächlich
war sie so schwach, daß ein Darlehen von 500 Mark aus-
genommen werden mußte. Nachdem auch noch einige Spekulationen
im Veranlagungspar der Jahrhundert-Ausstellung ver-
unglücklich, mußte am 9. August 1913 der Konkurs angemeldet
werden.

Wegen des begangenen Kautionschwindels wurde Stasch
im November 1913 von der hiesigen dritten Strafkammer zu
sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er
gegenwärtig verbüßt. Am Mittwoch wurde Stasch
derselben Kammer erneut aus der Strafkammer vorgeführt,
um sich wegen Betruges und Konkursvergehens zu
verantworten. Nicht weniger als dreißig Zeugen waren
vorgelesen. Es handelte sich jetzt lediglich um eine Wasser-
rutschbahn, die Stasch im Veranlagungspar der Jahrhundert-
Ausstellung hatte aufstellen lassen. Die mit großen Kosten
hergerichtete Wasserrutschbahn wurde bald nach ihrer
Eröffnung geschlossen. Einige Breslauer Geschäftsleute und
Private, die viele tausend Mark für dieses Unternehmen her-
gaben, hatten nun das Nachsehen und glaubten sich von Stasch
betrogen. Die beschlagnahmen Geschäftsbücher waren unüber-
sichtlich geführt. Die Verhandlung zog sich bis in die 6. Nach-
mittagsstunde hin. Zeitweilig wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung
der Stilleheit ausgeschlossen. Der Staatsanwalt beantragte neun
Monate Gefängnis gegen Stasch. Das Gericht kam zu einem
freisprechenden Urteil.

In der Urteilsbegründung wurde gesagt, Stasch habe es
mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen und denen, die
ihm Geld gaben, mehr gesagt, als er verantworten konnte. Troh-
dem könne nicht gesagt werden, daß die Geldgeber allein durch die
rosigen Versicherungen des Angeklagten bestimmt worden wären,
ihm mit Geldmitteln zu dienen. Die Geschädigten seien vielmehr
auch durch andere Umstände dazu veranlaßt worden, die dem An-
geklagten nicht zur Last gelegt werden können. Auch von der
Anlage des Konkursvergehens durch unrichtige Führung der
Geschäftsbücher mußte er freigesprochen werden. Gegen Stasch
schweben noch einige andere Strafverfahren, worüber demnächst
verhandelt wird.

Strasensperren. Der Schiedsmann wird wegen Neu-
pflasterung vor den Grundstücken 3 und 4 ganz und die
Kreuzung mit der Schulzenstraße halbschichtig vom 7. bis 28. Mai

Achtung, Parteigenossen!

Die Verberätigkeit für unsere Presse soll auch am
kommenden Sonntag fortgesetzt werden. Alle Genossen
und Genossinnen, die eine Stunde ihres Sonntages
dieser nützlichen Arbeit widmen wollen, sind eingeladen. Um
ganz besonders rege Teilnahme erfordern wir die Mitglieder
der Distrikte 2 und 3 und die Gräbischer Genossen.
Die Agitation beginnt morgen 8 Uhr; die Teilnehmer
treffen sich im Lokal „Zur Grenze“, Gräbischer
straße 131.

Das Arbeiter-Sekretariat der freien Gewerkschaften Bres-
laus wurde im Monat April von 795 Personen und einem Ver-
ein in Anspruch genommen. Von den Besuchern waren 693
männlich, 102 weiblich, in Breslau wohnten 673, auswärts 123,
717 gehörten einer Organisation an, 79 waren organisations-
unfähig. Es wurde in 858 Fällen Auskunft erteilt über folgende
Gebiete: Arbeiterversicherung 289, Arbeits- und Dienstvertrag
108, bürgerliches Recht 232, Gemeinde- und Staats-
angelegenheiten 103, Strafrecht und Verschiedenes 181.
Außerdem mußten 374 Schriftsätze angefertigt werden.
Die Auskunftsuchenden weisen wir wiederholt darauf hin, daß
das Arbeiter-Sekretariat an Wochentagen von vormittags 11
bis 1 Uhr und nachmittags von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends für die
Auskunftsverteilung geöffnet ist. Sonnabend nachmittags und
Sonntags ist das Arbeiter-Sekretariat geschlossen.

Der Verein Breslauer Detailisten veranstaltet heute
Donnerstag für seine Mitglieder eine Sondervorstellung des
Lustspiels „Kammermusik“ von Heinrich Jagellien zu
niedrigen Preisen. Dem Verein gegen Verarmung und Vettelei
wurden zur Preisverteilung 175 Stehplätze überwiesen.

Für einen Tunnel unter dem Oberster-Bahnhof hat die
Eisenbahn-Verwaltung neuerdings dem Magistrat zwei Pläne
vorgelegt. Die Baukosten sind auf 95.000 Mark und 78.000
Mark veranschlagt. Der Magistrat empfiehlt der Stadtverord-
neten-Versammlung, die Pläne abzulehnen, weil die Kosten in
dem einen Falle zu hoch seien und im anderen eine gefahrvolle
Treppe den Entwurf unannehmbar mache. Der Bau aus-
schuß, der darüber am Mittwoch eingehend verhandelte, hat
sich der Magistrats-Vorlage angeschlossen.

Verbreiterung der Kupferstrichstraße. Die Häuser vor
den Kleinen Fleischbänken werden gegenwärtig abgebrochen, um
die Kupferstrichstraße zu verbreitern. Die neue Bau-
fluchtlinie der Kupferstrichstraße zieht sich an den alten
noch stehenden Wohnhäusern der Kleinen Fleischbänke hin. Die
Häuser müssen in nicht allzu ferner Zeit ebenfalls niedergedrückt
werden, da sie zum Teil sehr baufällig sind. Von größter Be-
deutung für die Verbreiterung der Kupferstrichstraße am Neu-
markt dürfte die geplante Abrundung der Kleinen Fleisch-
bänke gegenüberliegenden Ecke Kupferstrichstraße-Neumarkt
sein. Diese Abrundung ist aus verkehrstechnischen Gründen
nötig. Im Anschluß hieran sei mitgeteilt, daß mit dem Abbruch
der Häuser für den Neubau der Neigung am Neumarkt bereits
begonnen wurde. Der Anfang wurde mit dem Gashof „Zu
den drei Tauben“ und einem Hinterhäuser gemacht.

Die Oberkassierfahrt. Nach einer Meldung des Wasserbau-
amts Breslau wird während des Waues der mittleren Teile der
Wehre bei Janowitz und Otzwitz an den Baustellen die
Schiffahrtstraße vorübergehend auf 86 Meter eingengt. Zu
Zahl fahrende Schlepp- und Segelschiffe müssen etwa 800 Meter
oberhalb der Baustellen an den Stellen, wo am Ufer eine Tafel
mit der Aufschrift „Lastfähne halten“ aufgestellt ist, aufankern
und hier warten, bis sie durch einen von der Strombauver-
waltung kostenlos gestellten Dampfer in die Durchfahrt und,
wenn erforderlich, durch diese geleitet werden. Falls der Rang
oberhalb der Scheitinger Schleufe bis zu den Wasserbaustellen
reicht und es von den Stromaufsichtsbeamten bei höheren
Wasserständen angeordnet wird, haben die Lastfahrzeuge schon
oberhalb der Baustellen umzugehen. Schlepddampfer dürfen zu
Berg nur mit soviel Fahrzeugen im Anhang die Wehrbaustelle
durchfahren, daß weder die Bauten, noch die Fahrzeuge bescha-
digt werden. Den mit der Leitung des Schiffsverkehrs an den
Baustellen betrauten Stromaufsichtsbeamten ist unbedingt Folge
zu leisten.

Der „angelodete“ Schuhmann. Ein Schuhmann, der in
Zivilkleidung an einem Nachmittage über die Ohlawerstraße ging,
will in der Nähe des Christophoriplatzes von einem Sittenmüßigen
angesprochen worden sein. Der Beamte nahm sie in einen Haus-
flur, gab sich durch seine Marke als Polizeibeamter zu erkennen
und drückte sich den Namen des Wächters auf. Die Folge war
ein Strafbescheid über fünf Tage Haft wegen Uebertretung der
sittenpolizeilichen Vorschriften, wonach u. a. auch das Betreten
der Ohlawerstraße verboten ist. Mit dem Einspruch gegen den
Strafbescheid hatte sich jetzt das hiesige Schöffengericht zu befassen.
Die Angeklagte versicherte, sie sei das Opfer einer Personen-
verwechslung. Am dem fraglichen Nachmittage sei sie nicht über
die Ohlawerstraße gekommen. Wahrscheinlich habe ein anderes
Mädchen fälschlich ihren Namen dem Schuhmann genannt und so
sei der Strafbescheid an die unrichtige Adresse gelangt. Dazu erklärte
der Schuhmann als Zeuge, ein Jurium auf seiner Seite sei völlig
ausgeschlossen. Er kenne die Angeklagte schon lange und sie sei
die Person, die ihn angesprochen habe. Der Schuhmann fand Glauben
und der Einspruch gegen den Strafbescheid wurde verworfen. Daß
sich auch ein Schuhmann, so gut wie andere Sierblische, irren kann,
ist schon wiederholt gerichtlich festgestellt worden.

Vom Ertrinken gerettet. Mittwoch nachmittags um
2 1/2 Uhr erlitten vom Teiche hinter der Bergstraße am Eisen-
bahnndamm wiederholt gellende Hilferufe aus dem Munde von
Knaben, die dort gespielt hatten. Ein Stellmacher von der
Bergstraße hörte die Hilferufe und eilte an den Teich, in dem
ein fünfjähriger Knabe zu ertrinken drohte. Er war bereits
unter Wasser, als ihm der beherzte Arbeiter angekleidet nach-
helfte und vom sicheren Ufer errettete. In dem bewußtlosen
Kinde wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt. Die auch
von Erfolg gekrönt waren. Eine Frau schaffte dann den Knaben in
die elterliche Wohnung auf der Bergstraße. Die brave Tat des
Stellmachers verdient die gebührende Anerkennung.

Bei der Arbeit verunglückte am Mittwoch ein 25 jähriger
Malerlehrling im Hause Auguststraße 128. Er war im dritten
Stock beschäftigt. Aus bisher unaufgeklärter Ursache stürzte er
von der Leiter über das Geländer in den Hof hinab und
blieb schwer verletzt und bestimmungslos liegen. Samariter der
Feuerwehr legten dem Verunglückten sofort Notverbande an und
schafften ihn mit dem Krankenauto ins Wenzel Hande-Kranken-
haus. Hier wurden mehrere Arm- und Beinbrüche und Gefäß-
erschütterung und sonstige schwere innere Verletzungen festgestellt.
Der Verletzte war Mittwoch abend bei Bestimmung.

Ertrinkensverhütung eines Knaben. Mittwoch vorm.
verludte sich ein Dienstmädchen auf der Ohlawerstraße mit Gas
zu vergiften. Ihr Vorhaben wurde aber vom Dienstherrn recht-
zeitig bemerkt und die geöffneten Gashähne geschlossen. Das be-
reits bestimmungslos in der Küche liegende Mädchen wurde von
einem herbeigerufenen Arzte behandelt und auch die Samariter
der Feuerwehr, die inzwischen herbeigekommen waren, stellten
Wiederbelebungsversuche mit dem Sauerstoffapparate an, die
aber keinen vollen Erfolg hatten. Die Verletzte wurde mit
dem Krankenauto ins Albrechtshospital geschafft. Hier wurde
der Zustand des Mädchens sofort gebessert, daß alle Lebens-

Die Kirche und das Frauenwahlrecht.

„Das Weib Schweige in der Gemeinde.“ So heißt es in einem Briefe des Apostel Paulus, und die Kirche hat sich bis auf den heutigen Tag getreulich an dieses Wort gehalten.

Dieser Antrag ist von folgenden Herren eingebracht worden: Geh. Reg.-Rat Oberstaatssekretär Laudien, Pastor Heberke, Oberbürgermeister a. D. Dr. Bender, Kaufmann Collmann, Pastor prim. Feing, Stadtrat Müller und Pastor prim. Späth.

Ebenso lebhaft und aus vollem Herzen verlangte Oberbürgermeister Matting das kirchliche Wahlrecht für die Frauen, stellte jedoch den Antrag, daß die Worte „unter ständlicher Aufsicht“ gestrichen werden.

Oberratsrat Dr. Schimmelpfennig betonte, daß er im Gegensaß zu seinem Freunde Gagner den Antrag sehr beifürworten müsse.

Mit großer Mehrheit sprachen die acht Antragsteller, doch wurde der Antrag des Oberbürgermeisters Matting abgelehnt. Dieser erklärte darauf, daß die ganze Weisung seiner Partei ist, daß die Frauen kein Wahlrecht bekommen.

Daß die Weisung des Herrn Matting aufzehen oder nicht, in jedem Falle bedeutet die Annahme des Antrages einen gewissen Schritt der Kirche gegenüber dem Frauenwahlrecht.

Der Krach in der Sparbank.

Neben dem Beamten-Spar- und Darlehnsverein die Breslauer Sparbank! Hier wie dort eine heillose Miswirtschaft, die seit Wochen alle Geschädigten in größter Aufregung erhält.

Zeit zehn Jahren ist die Sparbank sozusagen im Golde geschwommen und das war ihr Unglück. Sie ist über den Rahmen einer Sparbank hinausgewachsen und hat Grobgeschäfte gemacht, die ihr zum Verderben geworden sind.

So sind dem Kaufmann Meber Ritzschlein in fünf Einzahlungen nicht weniger als 660 000 Mark und einem hiesigen richterlichen Beamten, der mit Ritzschlein in Verbindung stand, 190 000 Mark geliehen worden.

Der Herr Meber hat sich sehr in der Sache betätigt, aber er hat sich sehr in der Sache betätigt, aber er hat sich sehr in der Sache betätigt, aber er hat sich sehr in der Sache betätigt.

Man muß wissen, daß der Herr Meber seinen Anteil an der Sparbank gegen den Herrn Meber hat, um dann mit dem Herrn Meber zu verhandeln, um dann mit dem Herrn Meber zu verhandeln.

in Verwaltung genommen werden, damit die Hypotheken nicht verloren gingen, aber trotz allem sei die Lage der Bank günstig und das Geld nicht gefährdet.

In der Breslauer Sparbank sind also geradezu ungläubliche Schlamereien festgestellt worden. Das ist ebenso bedauerlich wie der Zusammenbruch des Beamten-Spar- und Darlehnsvereins.

Die Soldatenbeihilfen unpfändbar.

Mit der Verabschiedung der Heeresvorlage wurde bestimmt, daß an Eltern, die Söhne beim Militär haben, eine Entschädigung zu bezahlen ist, sobald die Dienstzeit der Söhne zusammengezählt sechs Jahre übersteigt.

Wiederaufnahme des Dienstes. Einen wichtigen Streitfall beschäftigte am 8. Mai das hiesige Kaufmannsgericht. Ein Messingwarengeschäft klagte gegen ihren Reisenden mit dem Antrage, die Stellung bis zum 31. Mai 1914 wieder aufzunehmen.

Der Reisende hatte am 8. April 1914 plötzlich ohne Kündigung die Stellung verlassen. Dadurch soll der Firma ein Schaden entstanden sein, den sie auf 1000 Mark berechnet. Entweder soll der Reisende die Stellung wieder aufnehmen, oder Schadenersatz leisten.

Der Herr Richter hat die Klage abzuweisen und führte drei Gründe an, die ihn zum Austritt berechtigt hätten. Erstens hätte er seinen Gehalt nicht pünktlich erhalten, zweitens wären die Spesen zu spät eingetroffen und drittens hätte die Firma vertragswidrig gehandelt.

Im der Kirche gestohlen. Ein Kontorist wurde dieser Tage in dem Augenblick festgenommen, wo er in der Abendstunde zwei Leuchter vom Altar gestohlen hatte. Wie festgestellt ist, hat er auch eine ganze Anzahl von Heberbechern und Fahrern gestohlen.

Der heilige Polizeistoff. Auf der Friedrich-Wilhelmstraße stieß am Montag vormittag ein Viehtransportwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen, wobei ein Motorwagen der Vorderpartie zertrümmert wurde.

Ein Fall beim Fußballspielen. Am 6. Mai nachmittags kam auf der Spielwiese im Eisenpark ein 12-jähriger Schüler beim Fußballspiel zu Fall und verletzte sich den linken Ellenbogen.

Neueste Nachrichten.

Reichstag und Besoldungsreform.

Berlin, 7. Mai. Die „Tägl. Rundschau“ weiß folgendes zu enthüllen: Zwar wird das Plenum des Reichstages in der zweiten Lesung der Novelle zur Besoldungsordnung die von der Regierung als unannehmbar verworfenen Beschlüsse des Ausschusses annehmen, aber nur, um damit vor allem Land und Volk eine Erklärung der Regierung zu veranlassen.

Der Handelshochschulstreit.

Berlin, 7. Mai. Die Vertreter der Kaufmannschaft haben in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, auf ihrem in der vorliegenden Sitzung eingenommenen Standpunkt zu beharren. Danach werden die Vertreter in Verhandlungen mit dem Dozentenkollegium der Handelshochschule erst dann eintreten, wenn der Streik an der Handelshochschule beendet ist.

Verfallene Stadtvorwahlen.

Berlin, 7. Mai. Die bürgerliche Wählervereine, ist es bei einem Streit in Charlottenburg zu einem Konflikt mit der Polizei gekommen. Die Polizei hat mehrere Verlesungen, darunter den sozialdemokratischen Stadtvorwahlenverordneten brachten sofort eine Intervention ein.

Der Blitz im Fabrikdornstein.

Berlin, 6. Mai. Ein starker Blitzschlag traf am Mittwoch den Dornstein einer Fabrik chemischer Produkte in Berlin. Das Mauerwerk des Dornsteins wurde in Höhe von 15 Metern heruntergerissen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Bonn, 6. Mai. In dem Betrieb eines Gussstahlwerkes brach am Mittwoch eine Gerüststange, auf der zwei Arbeiter saßen. Beide stürzten aus 15 Meter Höhe ab. Der eine war sofort tot, der andere starb bei der Ueberführung ins Krankenhaus.

Quarta auf der Flucht?

Paris, 7. Mai. Dem „Temps“ wird von seinem Korrespondenten aus New York gemeldet, daß dort aus Veracruz getroffene Nachrichten von geheimnisvollen Vorgängen zu berichten wissen, die auf einem im Hafen liegenden französischen Kriegsschiffe getroffen wurden.

Großfeuer im Krankenhaus.

Paris, 7. Mai. Durch eine riesige Feuersbrunst am Mittwoch die Bewohner von Maco (Frankreich) in großer Aufregung versetzt. Aus bisher unaufgeklärter Ursache war in dem städtischen Krankenhaus ein Brand ausgebrochen, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff.

Ein früherer Pfarrer zum Tode verurteilt.

Hamburg, 7. Mai. Der frühere Pfarrer in Mundsten bei Schonen, Karl Otto Nyström ist am Mittwoch vom Gericht in Vorkholm zum Tode verurteilt worden. Er war im Juli vorigen Jahres in die Wohnung seines Vorgesetzten, des Prof. Dr. Nyström in Gaimar eingedrungen und hatte ihn, weil er von ihm seines Amtes enthoben worden war, erschossen.

Weitere Einzelheiten zum Brande der „Columbien“.

New York, 7. Mai. Hier werden jetzt weitere Einzelheiten über den Brand des Dampfers „Columbien“ bekannt. Nach den letzten Meldungen sind zwei Boote aufgestiegen und deren Besatzungen gerettet worden, während ein drittes Rettungsboot mit 19 Mann noch vermisst wird.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. A. A. 22. Eine Unterrichtszeit von 7 bis 12 Uhr ist zugänglich. In Breslau wird schon seit vielen Jahren so unterrichtet.

Table with 6 columns: Tag, Zeit, Ort, etc. containing various news items and dates.

Genossen! ...

Der Militär-Etat im Reichstag.

250. Sitzung, Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 2 Uhr.
Am Bundesratsitz: v. Falkenhayn.
Militäretat.

Abg. Rogalla v. Bieberstein (Soni): Wenn Herr Schulz den General v. Schent als Gast der sozialdemokratischen Bevölkerung Stadt Frankfurt a. M. bezeichnet hat, so ist das eine Un-
güte sondergleichen. (Munche bei den Soz., Präsident Kämpf
diesem Ausdruck für unzulässig.) Die rasche und stolze
der Durchführung der Wehrvorlage hat uns in hohem Maße
verleitet. — Soldatenmishandlungen werden sich niemals
in die besitzigen lassen. — Politik wünschen auch wir, vom
fernzuhalten; aber nationale Politik darf man nicht
geben. Der Wehrverein erhebt ja manche übertriebene
forderung; aber eine solche Vereinerung ist doch von hohem
wert für den nationalen Gedanken. — Der Redner begründet
eine Resolution, in der verlangt wird, es mögen die
schon beschlossenen Bestimmungskosten für die Militärreformen in
Verbindung mit den amtlichen Vertretungen der Landmilitär-
angelegenheiten werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Spl.):
Die leichte Durchführung der Wehrvorlage zeigt, daß die
Bedingungen von der Regenerierung der Fabrikbevölkerung un-
terschiedlich sind. — In manchen Bezirken wird die Musterung
schon konfessionellen Grundfragen durchgeführt. (Hört,
Hört! v. d. Spl.) Wie denkt sich der Kriegsminister die Beding-
ung des Manos an Sanitäts-offizieren? Vor allem muß
die soziale und gesellschaftliche Stellung der Sanitäts-offiziere ge-
wahrt werden. Der Weltkrieg wird nicht durch die Völker-
macht durch die Führer und Diplomaten bedroht, sondern durch
den pensionierten Generale und das Rüstungs-
kapital, das hinter ihnen steht. (Schafte Zustimmung links.)
Die militärpolitische Lage ist keineswegs anders, vor allem nicht
schlechter für Deutschland geworden. Wie bedenklich eine
Verabredung der Forderungen für die Lauglichkeit wird,
sich in Frankreich an den schlechten Gesundheitsver-
hältnissen der Armee. Das Vorgehen der Militärverwaltung im
alle Stöcker ist die größte politische Torheit, die
der Sozialdemokratie zugute kommt. (Sehr wahr! links.)
Das Vorgehen der Feudalen unter Führung des Grafen Nord-
au Vorgehen gegen den Reichstag wegen der Resolutionen
bei der Militärvorlage wäre lächerlich, wenn es nicht so
schändlich wäre. Die Herren werden es offenbar absichtlich auf
den großen Verfassungskonflikt hin. (Sehr wahr!
links.) In der Beantwortung unserer Resolutionen hat die
Militärverwaltung eine unerbittliche grenzende Par-
teipolitik bewiesen. (Hört, Hört! links.) Sie be-
hauptet einfach, es gibt keinen Luxus in der Armee (Hört,
Hört! links), trotzdem bei den letzten Wucherprozessen über 100
Millionen bereitgestellt waren. Und die Behauptung, daß wegen seiner
schwierigen Ueberzeugung beim Heere niemand zurückgekehrt wird,
klingt fast wie eine Verhöhnung des Reichstags.
Sehr richtig! links, Jurus v. d. Soz.: Das soll es auch sein!
Die grausamen Militärmaßnahmen sind eher häufiger
als je geworden. In dem energischen Vorgehen gegen sie
alle der preussische Kriegsminister sich den bayerischen zum
Vorbild nehmen, nach dessen Erlaß mit unachtsamlicher
Strenge gegen Vorkasche aller Grade vorgegangen werden
soll, in deren Bereich es zu Soldaten-Mishandlungen
kommt. Die nach dem Falle Zabern herausgekommenen neue
Militärmaßnahmen ist ein wenn auch aetlicher Fortschritt gegen
den bisherigen Zustand. Nach ihrem Wortlaut ist klar, daß in
Zukunft allein die Zivilverwaltung die Entscheidung
darüber hat, ob sie militärische Hilfe benötigt oder nicht. Im
Ubrigen muß diese Materie auf dem Wege der Gesetzgebung ge-
regelt werden. Dem Kriegsminister frage ich, ob noch, wie ver-
mutet, ein anderer Geheimrat besteht mit Bestimmungen über
die Unterdrückung innerer Unruhen. Der Kriegs-
minister verneint das. (Lachen v. d. Soz., Jurus: Er ist ja
schon im!) Die Stellung des preussischen Kriegsministers muß
parlamentarisch hergestellt werden. Aus der heutigen Unklarheit
soll die große Macht des Militärkanzlers, die mit der Ver-
fassung absolut nicht im Einklang steht. (Sehr richtig! links.)
Vor allem wird es darauf ankommen, die geistige und gesell-
schaftliche Kluft, die zwischen Armee und Volk besteht, zu be-
seitigen und die Armee in Einklang zu bringen mit der neuen
Kultur. (Bravo! links.)

Abg. Hergenheider (Spl.):
Auch wir danken dem Kriegsminister für die großartige
Leistung bei der glatten Durchführung der Militärvorlage. Die
Vergleiche, die Herr Müller-Meinungen mit den Gesundheitsver-
hältnissen der französischen Armee gezogen hat, wären besser
unterblieben. Die gesamten Verhältnisse sind ja viel zu ver-
schiedenartig. Die Bedeutung der Wehrvorlage liegt vor allem
darin, daß sie uns der allgemeinen Wehrpflicht näher gebracht
hat. In der Verkümmern der allgemeinen Wehrpflicht liegt
ein schweres Unrecht. Wir wollen festhalten an den bewährten
Einrichtungen unseres Heeres, an der Kommandogewalt, an der
unberührten kaiserlichen Gewalt. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner-Persfeld (Deutsch-Völk.):
rühmt den Obersten v. Reuter und den deutschen Kronprinzen als
echte deutsche Männer und bittet den Kriegsminister, sich die
bessere Zivilversorgung der Unteroffiziere angelegen sein zu lassen.
Kriegsminister v. Falkenhayn:
Von den vorerwähnten Seiten ist mir die Notwendigkeit
aus dem Geseh worden, die leider immer noch im Heere vor-
kommenden Mishandlungen einzubämmen. Der Redner
der Sozialdemokratie hat gesagt, welche Stellung ich zu der
von ihm angeführten Erklärung des Generals v. Einem, in der
dieser seinem Abscheu gegenüber den systematischen Soldaten-
mishandlungen zum Ausdruck brachte, einnehmen würde. Ich könnte
diese Frage als schwere Beleidigung betrachten, da in ihr die
Unterstellung liegt, ich könnte mich zu der Sache anders stellen,
als der damalige Kriegsminister und jeder Kriegsminister über-
haupt. Jeder in der Armee, der an irgend einer verantwort-
lichen Stelle steht, hat einen Abscheu gegen diese Vergehen
(Bravo!) und wie alle, vom höchsten bis zum geringsten, sind
bemüht, sie einzubämmen. Herr Müller-Meinungen hat in diesem
Zusammenhang auf eine Verfügung meines bayerischen Kollegen
hingewiesen. Es gibt doch wohl niemanden hier im Hause, der
glaubt, daß es bei den preussischen oder sonstigen Generalstabs-
männern an ähnlichen Vergehen fehlt. Der Kampf gegen die sy-
stematischen Mishandlungen wird in der Armee
unaufhörlich geführt, erst am Neujahrstage hat Se. Majestät den
Kommandierenden Generalen vor Augen geführt, wie notwendig
es sei, in diesem Kampf nicht nachzulassen. Wenn noch kein
voller Erfolg erzielt ist, so liegt das daran, daß wir hierbei
nicht gegen eine spezifisch militärische Eigenschaft, sondern ge-
gen allgemeine menschliche Fehler und Schwächen kämpfen. (Sehr
richtig! rechts.) Das wird durch die interessante Tatsache be-
kräftigt, daß in der Armee im Jahre 1912 auf 1600 Fälle
eine Mishandlung und Körperverletzung kam, daß die Zahl der
Körperverletzungen allein dagegen in der gesamten männlichen
Bevölkerung das Tausendfache betrug. (Hört, Hört! rechts.) Herr
Erzberger meinte, er hätte aus der Presse den Eindruck bekom-
men, als hätten sich in letzter Zeit die Fälle schwererer Mis-
handlungen erhöht. Ich muß zugeben, daß einige besonders
schwere Fälle vorgekommen sind, die jeden empören müssen. Der
Eindruck der Häufung beruht aber sicher nicht auf der Zahl
der Fälle, sondern auf der Agitation (Wah! bei den
Soz.), die mit jedem einzelnen Falle getrieben wird. Der „Vor-
wärts“ hat aus den letzten fünf Vierteljahren 7 Fälle von Mis-
handlungen durch Offiziere angeführt. Diese Zahl hat
mich schon kräftig gestimmt, sie erschöpft auch noch nicht alle Fälle.
Über einen gewissen Trost habe ich darin gefunden, daß in
dem ersten Vierteljahr dieses Jahres in 9 Fällen an Offiziere
wegen Lebensverletzungen Untersuchungen veranlaßt wurden. Diese
Fälle habe ich im „Vorwärts“ nicht genannt (Jurus bei den
Soz.: Doch), obwohl sie in der Lokalpresse ebenso gut ver-
öffentlicht worden sind, wie die der Offiziere, die sich selber ver-
letzt haben, ihre Untergebenen vorwärtsmäßig zu behandeln.
Das zeigt doch, daß es denjenigen, die solche Veröffentlichungen
betreiben, auf nichts anderes ankommt, als auf die Verhöhnung.
(Munche bei den Soz.) Würden Sie auch diese Taten ver-
öffentlichen, so würden Ihre Leser ja dahinter kommen, daß im
Heer und im Volk in gleicher Weise Licht und Schatten besteht.
(Jurus bei den Soz.: Wir werden Ihre Rede bringen!) Ich
würde Ihnen dankbar sein. Aber Sie tun es nicht (Jurus bei
den Soz.: Doch), weil Sie Ihren Lesern nicht zeigen wollen,
daß wie im Volk, so auch im Heer, Licht und Schatten besteht.
Daß wir bestrebt sind, den Schatten im Heere in Licht zu ver-
wandeln, daß wir in dem Bestreben, die systematischen Mishan-
dlungen einzubämmen, nicht nachlassen werden, das bitte ich mir

zu glauben. (Bravo! rechts.) Ich spreche von systematischen
Mishandlungen, denn zwischen einer solchen und einem ge-
legentlichen Sturz aber Stoß besteht doch ein un-
geheurer Unterschied. (Sehr richtig! rechts.)
Dann wurden die neuen
Vorschriften über den Waffengebrauch im Heere
besprochen. Die bisherige Vorschrift gründete sich auf eine Ro-
binettensorder, die fast ein Jahrhundert in Kraft gewesen ist, ohne
daß ein einziges Beispiel mißbräuchlicher Anwendung vorgekom-
men ist. Diese Vorschrift sollte schon genügen, um die gegen-
über erhabenen Vorkasche als Uebertreibung zu kennzeichnen. Doch
sie im Geiste staatlicher Befehlsgewalt und Ordnung gehandhabt
worden ist, ist neben den militärischen Befehlshabern auch den
Militärbehörden und der Bevölkerung zu danken, an denen Ord-
nungsgefühl und Staatsgefühl alle antinationalen und antikri-
stlichen Mißbräuche noch für lange, lange Zeit nicht ändern wer-
den. (Lachen bei den Soz.) Man kann daher im Zweifel sein,
ob ein wichtiger Grund zur Aenderung der Dienstvorschriften be-
steht. Aber heute genügt der Welt nicht mehr, daß eine Be-
stimmung sich bewährt, sie soll auch alle theoretisch konstruier-
ten Fällen angemessen sein. Dieser Forderung genügt die Vor-
schrift nicht, sie enthält einige selbstverständliche Befugnisse des
Militärs übertrumpft nicht, wahrscheinlich deshalb nicht, weil man
sich in der guten alten Zeit schonte, solche Selbstverständlichkeiten
brüden zu lassen. (Sehr richtig! rechts.) Auch gab sie die Befug-
nisse zum Eingreifen des Militärs in einer Form, die allerdings
zu unerwünschten Auslegungen führen konnte. Des-
halb hat der Kaiser in Anwendung seines ausschließlichen Rech-
tes, Dienstvorschriften zu erlassen, eine neue Bearbeitung der Be-
stimmungen angeordnet, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Sie alle
für Beachten, sowie für die unter preussischem Kommando stehen-
den Kontingente, und für alle in den Reichslanden stehenden
Truppen. Zuerst geht es um die neuen Vorschriften, wobei mit
bekannt ist, zu überarbeiten. Wie Bayern und Württemberg sich
dazu stellen werden, ist mir heute noch nicht bekannt. Ein Ein-
gesehen des Militärs darf nur infolge eines Er-
lasses des Reichskriegsministeriums erfolgen oder wenn bei
dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Militär-
behörden außerhalb des Reichsgebietes in die Befugnisse des Reichs-
ministeriums eingreifen zu lassen. Dabei ist natürlich Voraussetzung,
daß nicht etwa Belagerungszustand oder Krieg besteht. Dies
bedeutet eine völlig klare Abgrenzung der Befugnisse der Militär-
behörden und Zivilgewalt. Es liegt hier nicht die Absicht zugrunde, die
Militärverwaltung bei Unterdrückung von inneren Un-
ruhen auch ha auszuscheiden, wo sie selber im Einklang mit
Verfassung, nötig werden sollte. Wie aber was die Absicht maß-
gebend, das Recht und die Pflicht der Militärbehörden selbständig
und unabhängig für Ordnung zu besorgen, solange sie überhaupt
verfügen über die Befugnisse, nicht zu beeinträchtigen. Im übrigen ist
es ausschließlich Sache der einzelnen Militärbehörden, ob
dabei, im gegebenen Falle zu beurteilen, ob die Befugnisse aus-
geübt werden dürfen, oder nicht. Sie werden ihre Entscheidung
vor dem König und dem Gesetz zu verantworten haben, ne-
mand kann ihnen dabei helfen als ihr eigenes Gewissen und ihr
Militärsinn. Ich zweifle aber keinen Augenblick, daß jeder deut-
sche Militärbehördenhaber getragen von dem Bewußtsein, daß die
ihm anvertraute Macht die ultima ratio des Heeres und zugleich
des Vaterlandes ist, sich auf Grund der neuen Vorschriften zu be-
nehmen wissen wird, wie es zum Ziele der Ordnung und
des inneren Friedens nötig sein wird. (Bravo! rechts.)

Mit dem Wehrverein
steht die Heeresverwaltung in keiner Beziehung. Sie lehnt es
entschieden ab, irgendwem für ihn verantwortlich gemacht zu wer-
den, oder dazu gebraucht zu werden, einen Einfluss auf ihn aus-
zuüben; wahrscheinlich würde übrigens ein solcher Versuch mög-
lich ablaufen, denn soweit ich unterrichtet bin, sind die Herren
vom Wehrverein auf ihre Unabhängigkeit ganz außer-
ordentlich stolz. (Sehr richtig!) Das allgemeine Ziel des Wehr-
vereins, Hebung der Wehrkraft des Reiches, deckt sich allerdings
mit den vornehmsten Aufgaben der Heeresverwaltung. Daher
würde es geradezu unnatürlich, wenn die Heeresverwaltung, an-
statt sich dem Wehrverein gegenüber völlig neutral zu verhalten,
ihm feindselig gegenüberstellen wollte. Die Tatsache, daß die
Heeresverwaltung und Wehrverein nichts miteinander zu tun
haben, ändert natürlich auch daran nichts, daß die stützen-
den Mitglieder des Wehrvereins Kameradschaft-

Geschichtskalender.
8. Mai.
1859 Rheinisch-westfälischer Bergarbeiterstreik.
1886 Hafenarbeiterstreik in Rotterdam.
1901 Straßenkämpfe in Barcelona.

Aus aller Welt.
Die Greuelthaten in Colorado.
(Aus einem Spezialbericht des „Vorwärts“.)
Um der blutdürstigen Gewaltherrschaft Huertas ein Ende
zu machen und die Ehre der Vereinigten Staaten zu wahren, so
erklärte der Präsident Wilson in seiner Ansprache an den Kon-
gress, müßten die Vereinigten Staaten den Zwischenfall von
Tampico ausnützen und mit Waffengewalt in Mexiko einschreiten!
Nun, Huerta und seine Soldaten, Villa und seine Freischaren,
Zapata und seine Räuberbanden zusammen haben seit der Er-
wählung Huertas bei weitem nicht so viel brutale
Gewalttätigkeit, bestialische Mordgier und
blutige Niedertracht gegen Nichtkombattanten an den
Tag gelegt, als die „Miliz“ (als Privatpolitiken gebundene
Räuberbanden) des Staates Colorado im Kohlenrevier Trinidad
im Dienste der Petroleumdynastie Rod-
efeller gegen streikende Bergleute und deren
Familien. Dieser kann die Ehre der Vereinigten Staaten
überhaupt nicht mehr in den Red gezogen werden als durch das
Schandregiment in Colorado.
Angeichts der parlamentarischen Untersuchung sah sich der
Gouverneur Ammons genötigt, die widerrechtlich in Gefangen-
schaft gehaltenen „Mutter Jones“ bekannte Genossin Mary
Jones freizulassen und die Abberufung der Miliz
aus dem Streikgebiet zu verfügen. Der größte
Teil der „Krieger“ war schon Ende letzter Woche aus der Gegend
von Pueblo und Trinidad abgezogen. Wenn Rodefeller die
ausständigen Kohlenräuber kleinkriegte wollte, müßten seine
Krieger rasch handeln.

Verbotene Geschosse gegen Streikende.
So eröffnete eine Kompanie Miliz am 20. April auf das
bei Delagus gelegene Zeltlager ohne jede ersichtliche
Veranlassung Feuer. Sie verpöndelte als Kleingeschosse
mit Sprengköpfen gefüllte Schlingen, deren
Benützung nach der Genfer Konvention im Kriege verboten
ist. Die Zeltkolonie ging in Flammen auf. Wer dem Feuer-
gefahr auswich, wurde von den Milizmitgliedern erschossen.

Gevehren niedergelassen oder in den Rauch und den Brand
zurückgefallen. Selbst zarten Kindern und schwän-
geren Frauen wurde von den Seiden, deren Brust der
Zalendrang und die Erklärung Rodelfers des Märgern span-
ten, kein Pardon gegeben. Nur ein Teil derjenigen,
die vor der völligen Umzingelung der Zeltkolonie die Flucht
ergriffen, kam mit dem Leben davon.

Fünfundsiebzig halbtote Leichen.
meistens solche von Frauen und Kindern, wurden bis
zum Abend des 22. April unter den rauchgeschwärmten Trüm-
mern der „Waldstadt“ gefunden, obwohl die Miliz nach der Me-
derbrennung und „Eroberung“ des Zeltlagers Dynamit an-
wendete, um die Toten in Atome zu spre-
ngen; und diesen Zweck scheinlich teilweise erreichte.
Auch die verbliebenen kapitalistischen Organe, wie die „New
York Times“, auf die schon das hohe Wort „Gewerkschaft“
wirkte wie ein geschwantes rotes Tuch auf den Siter, die im
Bligen und Fällchen gegen die Arbeiterkraft schier das Unmög-
liche leisteten, müssen eine Reihe bezeichnender Einzelheiten meiden.
So fand Frau Marcelina Pedraza, die, einen
Sängling auf dem Arme, aus dem in Flammen ste-
henden Zeltlager fliehen wollte, von einer Miliz-
kugel getroffen ist nieder. Nicht besser erging es
dem Bergmann Leotis Titas, als er eine Gruppe von Frauen
und Kindern nach einer Nacht, Sicherheit und notwendiges Ob-
dach gewährenden Bergschutt geleitet wollte. Titas hatte,
um zu zeigen, daß er unbefangene ist, beide Hände hoch
gehoben. Frank Snyder, der zehnjährige Sohn eines
Bergmannes, und sein noch jüngeres Schwesterchen
mußten trotz aller Fluchtversuche elendiglich in dem
Flammenmeer umkommen.

Die Streikenden wehren sich.
Die Streikenden vom Kohlenrevier Pueblo sind keine
Sundsünder. Sie lassen sich und die Ihren nicht wider-
standlos abfälligen. Bei Delagus griffen die
Ausländischen zu den Waffen; aus allen Teilen
des Kohlenbergbaubereichs von Colorado strömten bewaffnete
Bergleute herbei. Die im Streikgebiet zurückgebliebenen Miliz
ins Gebränge. Trotz ihrer Kampfergebnisse ist eine Kom-
panie umzingelt. Seit dem 21. April tobte ein mit Energie
geführter Kampf um die beiden letzten Stollen.

reiches Feuergefecht. Einige Bechenbeamte, welche mit
ihren Familien der Miliz gefolgt waren, um diese zu „Laten“
anzuführen, wurden mit einer Anzahl berufsmäßiger Streit-
kräfte in ein verlassenes Bergwerk gedrängt.
Das brachte Fitzgerald, den stellvertretenden Gouver-
neur von Colorado, in grimmige Aufregung. Wegen auch die
„Streikenden“, wettete der Wadere, „mit ihren Anlagen, sie wür-
den von der Miliz grundlos abgefälligt“,
völlig im Rechte sein, so darf doch nimmermehr ge-
duldet werden, daß sie Bechenbeamte, Frauen und Kinder in
ein Bergwerk treiben und dieses in Brand setzen. Der Name der
streifenden Gerechtigkeit wird diese Mordtaten erziehen.“ Die
Brambleyung und den Mord hat Fitzgerald
frei erkundeten, um einen Vorwand für seine geistliche
letzte Entzückung zu haben. Das hindert nicht, daß der Ze-
lagraph die freche Lüge weiter verbreitete. Dann kam die Miß-
billigung. Die scharfmächtige Nachrichtenagentur „Associated
Press“ meldet wahrlich:

„Streifende Bergleute drangen in die Zelle „Empire“ ein
und geleiteten drei Frauen, zwei Kinder und den Berg-
werksdirektor William Wadell in Sicherheit. J. B.
Coble, Besitzer eines Bergwerks, und 20 Streikbrecher befinden
sich noch in der Zelle. Es wollten sich nicht ergeben.“
Fitzgerald beriet mit den in Denver, der Hauptstadt Colo-
rados, wohnenden Altlandes der Colorado Fuel and Iron Co.
Diese erklärten sich bereit, die Kosten für die abendliche Auf-
bebung der gefangenen Staatsmiliz aufzubringen. Und nun wer-
den alle Streikenden dieser unglücklichen Mordbande erneut
auf die streifenden Bergleute losgelassen. Allerdings mit einer
räumlichen Ausnahme! Eine von Baldwinischen Bergarbeitern
reine Kompanie hat in Denver „gemeinert“ und sich geweiht,
nach dem Streikgebiet abzugehen und die ihn auszunutzen Seners-
arbeit zu verrichten.

Brudermord unter Offizieren.
Opfer des Glaubensbekenntnis?
In Sopron (Oesterreich) hat in der Nacht zum 21sten
noch der Artillerieoberleutnant Friedrich von
Wenz seinen Bruder, den Regimentsarzt Dr.
Felix von Wenz, durch mehrere Revolverkugeln ab-
tötet. Das Motiv der Tat ist noch unklar. Der Ober-
leutnant kam Dienstag nacht aus Ungarn, wo er sich in Gar-
nison befindet, nach Sopron und begegnete ihm in das Haus, in
dem sein Bruder bei einem Oberleutnant wohnte. Die Frau des
Bruders Offizier hat Tod. Die Offizier alle in die Tat oder

Ich noch sehr zur Meeresgehören, solange es nicht
Umgehbares tun, und daß ihre Tätigkeit im Wehrverein etwas
Umgehbares ist, wird selbst Herr Müller-Meinungen nicht be-
haupten wollen. (Heiterkeit.) Es ist mir deshalb unverständlich,
wie man von uns verlangen kann, daß die Armees jenseits
Offiziere von sich abschneidet, also kameradschaftlich oder gesell-
schaftlich konstituiert. Wer das fordert, weiß nicht, wie stark
die Bande sind, die sich um die Armees und ihre alten Kameraden
schließen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich meine die
Treue und Kameradschaftlichkeit und die Dankbarkeit für das,
was die Armees für uns geleistet haben. (Bravo rechts.) Im
übrigen wird jeder Versuch, Volkstümlichkeit in die Armees zu
bringen, von uns abgewehrt. Sollte in der Versammlung des
Wehrvereins in Straßburg von politischen Fragen gesprochen
werden sein, so wird keiner mehr seine Anwesenheit dort be-
hauptet haben, als General Beilmann und die anwesenden Offi-
ziere. (Na, na! bei den Soz.) — Die Forderung nach eigen-
en Erben für Unteroffiziere wird nach Möglichkeit durchge-
führt. Ueber die Verbesserung der Sanitätsdienstleistungen
sind verschiedene Ermahnungen. Eine soziale Debatte haben sie nicht
nödig. Ihre Aufnahme in Kameradenkreisen ist genau dieselbe
wie bei anderen Offizieren. (Na, na! links.) Die Zusage, die
Herr Erzberger verlangt, daß das Presseverbot nicht zu poli-
tisch-politischen Zwecken ausgenutzt werden soll, ist hiermit gegeben.
(Heiterkeit.) Solange ich Kriegsminister bin, wird das nicht
geschehen. (Zuruf bei den Soz.: Wie lange denn? Heiterkeit.)
Unangenehm hat es mich berührt, daß der Abg. Schulz mit
Wohn sprach darüber, daß wir versuchen, unseren alten Offi-
zieren, die im Dienste des Vaterlandes ihre Gesundheit ge-
opfert haben, ein besseres Auskommen oder Beschäftigung zu
verschaffen. (Abg. Schulz: Ich mit nicht eingelassen!) Die Be-
hauptungen des Abg. Dombach, daß das Verbot der politischen
Sprache in der Armees Angehörigen eines polnischen Soldaten
berühmte, im Lagerort mit ihm politisch zu sprechen, brauche
ich nicht zu erwägen. Abg. Dr. Müller-Meinungen sprach von
einer Kabinetsordre, die früher schon Herr Ledebour ausgeführt
hat, wo es heißt: Sie sind es, die Bürger, nicht ich, die
die Armees unterhalten! Es ist schon 1895 festgestellt worden,
daß diese Kabinetsordre eine Fälschung ist. (Zuruf b. d. Soz.:
Schade!) Sie war nicht nötig; was da drin steht, weiß jeder
Offizier. Abg. Müller-Meinungen sprach von Aufstellungen nach
Konfession. Diese Nachricht klingt mir so abenteuerlich,
daß ich kaum wage, sie zu glauben. Ich bitte ihn um das
Material; jedenfalls wird die Heeresverwaltung solche Vorgänge
abstellen. Die parlamentarischen Rechte einzuschränken,
liegt uns vollkommen fern. Ich bitte nur, daß auf der
anderen Seite für wohlbegründete Rechte dieselbe Achtung be-
steht, die in der Heeresverwaltung für die Rechte des Par-
lamentes lebendig ist. (Umrufe links.) Es wurde wieder ge-
tadelte, daß bei den Einberufungen zur Kriegsakademie die Garde
vor der Linie bevorzugt werde. Diese Klage hat den General-
stab im vorigen Jahre zu einem ganz verfehlten Versuch be-
wegt. Es wurden nämlich Vorkehrungen getroffen, daß alle
Rekruten ohne Namen und ohne jedes Zeichen den Examinan-
den zugehen. Das Resultat war leider, was viele vorausge-
sehen hatten, daß von der Garde wieder mehr herbeikam. Das
ist auch nicht überaus tragend. Es ist eben seit alter Zeit in die-
sen Regimentern der Zug nach wissenschaftlicher Ausbildung be-
sonders stark. (Sturm. anhaltend Heiterkeit links.) Abg. Müller-
Meinungen hat die strengeren Verordnungen einen
Sohn auf die Gerechtigkeit genannt. Ich bitte ihn (mit er-
höhter Stimme), sich zu erinnern, daß diese Verordnung
augenscheinlich zu Recht besteht, und daß es nicht angemessen ist,
zu Recht bestehende dienstliche Vorschriften mit beratigen Aus-
scheiden zu belagen. (Erneutes schallendes Gelächter links.) (Der
Redner sucht das Gelächter zu überhören.) Ich kann doch
meine Stellung darlegen. (Abg. Ledebour: Nur immer leise
heiß! Sturm. Heiterkeit.) Ueber den Geheimlaß, von dem
Herr Müller sprach, muß er mir Hinweise geben, dann werde
ich darauf antworten. Ich habe keinen erlassen.

Abg. Schulz hat behauptet, daß die Sozialdemokratie sich
gegen das Heer rühre. In dem Protokoll für die sozialistische
Jugendorganisation Stuttgart 1907 heißt es: „Vor allem soll
der militärische Geist des deutschen Volkes zermürdet und zerstört
werden. (Hört, hört! rechts.) Dazu die Jugendvereine ganz be-
sonders geeignet sind. In diesen haben wir die jungen Leute
gegen jeden Dienst mit der Waffe mit Geld und Abscheu zu er-
füllen. (Hört, hört! rechts.) Sorgen wir dafür, daß die in-
ternationale Jugendbewegung im antimilitaristischen Kampf eine
ehrenvolle Rolle spielt.“ Wenn aus diesen Worten kein Schluß
folgt, weiß ich nicht, was das ist. Ich gebrauche diese Worte
um auf den Fall Föder zu kommen. (Hört! bei den Soziald.)
Entsprechend dieser Vorchrift hat der junge Mann vom 17.
bis 20. Lebensjahre seine Agitation betrieben. (Zurufe bei den
Soz.: Was hat er begangen? Tathaten!) Wir können in
der Armees nicht Leute brauchen — nicht Leute

Stad gelegene Wohnung seines Bruders, und gleich darauf
hörte die Portiersfrau mehrere Schüsse fallen. Der Ober-
leutnant war, nachdem ihm geöffnet worden war, eingetreten,
und während der Regimentsarzt sich umdrehte, um die Tür zu
schließen, gab der Oberleutnant auf seinen Bruder meh-
rere Schüsse aus einem Revolver ab. Dann eilt der Ober-
leutnant dem Ausgang zu und begab sich zur Polizei. Dort
erklärte er dem dienstverwendenden Beamten: „Ich habe mei-
nen Bruder, den Regimentsarzt, erschossen. Sehen Sie mich an, ich bin bei voller Beinnung.“ Dann übergab er dem Beamten seinen Revolver. Auf
die Frage, warum er die Tat begangen habe, erklärte der Ober-
leutnant: „Ich bin Offizier und als solcher werde ich das
Ratib der Tat nicht angeben.“ (1) Der Regimentsarzt war von drei Kugeln getroffen worden. Er
besah, nachdem sein Bruder ihn verlassen hatte, noch die Kugel,
die in das aufstehende Schlafzimmer seines Bruders zu begeben und
hat dort, daß man ihm seinen Revolver geben möge. Als ihm
dies verweigert wurde, wollte der Schwerverletzte
in sein Zimmer zurück, nahm seinen Dienst-
revolver und tötete sich durch einen Schuß in die
Brust. Von den Hausbewohnern wurde die Militärbehörde ver-
ständigt, die eine Kommission an den Leici entsandte. Man
nimmt an, daß der Oberleutnant die Tat in einem Anfall
momentaner Sinnestäuschung (?) begangen hat.

Die besondere Ehrer der „Schiffen“.

Die Tat des Oberleutnants v. Meng hat die Stadt Leoben in
große Aufregung versetzt. Es kursieren die verschiedensten
Gerüchte über das Motiv des Brudermordes. Am glaubwürdigsten
erscheint es, daß Oberleutnant v. Meng ein Liebesverhältnis mit einem Mädchen in
Graz hatte, das er auch zu heiraten beabsichtigte. Da er
aber nicht im Besitz der Einwilligung war, waudte
er sich an seinen Bruder, den Regimentsarzt v. Meng,
v. Meng verweigerte aber die Einwilligung. Daraufhin wollte Ober-
leutnant v. Meng seine Einwilligung nehmen, sein
Bruder widerlegte ihm jedoch diesen Plan und ver-
stärkte, daß das Abheben an ausländischer
Stelle vorgelagert wurde. Waidmännchen ist Oberleutnant
v. Meng über das Verhalten seines Bruders so erbittert gewesen,
daß er ihn tötete.

Sozial und Offizierskreise.

Seit dem 22. April sind vor den Toren von Datteln
gegen die Sozialdemokratie die Tische aufgestellt. Die Deu-
tlichen und Offizierskreise.

als Einjähriges brauchen (Hört und Heiterkeit bei den
Soz.), die eine solche Unterweisung der Grundlagen der Armees
im Auge haben. Das Einjährig-Freiwilligen Institut ist ge-
schaffen, um der Armees im Range bis Führer zu liefern. Wir
müssen so entweder zu Offizieren oder Unteroffizieren ausbilden.
Wenn wir beraitete Agitatoren in währende Jahren der Armees
bringen, würden wir uns selbst lächerlich machen. (Zuruf bei
den Soz.: Deshalb bricht man das Gesetz!) Dagegen muß ich
mich verwahren. In unserem Gesetz steht drin, daß diejenigen,
die nicht die nötige moralische Qualifikation besitzen, nicht zum
Einjährig-Freiwilligen zugelassen werden sollen. Da handelt es sich
nicht um Eitelkeit oder Unbilligkeit. (Zuruf bei den Soz.:
Moral heißt Eitelkeit!) Die Bestimmung kann nur ausgelegt
werden im Sinne unserer Verfassung. (Widerspruch b. d.
Soz.)

Es ist gebrochen worden von der sehr ablehnen Preßkampagne
aus Anlaß der Übungen in Thüringen. In der neuesten Ausgabe
im Reichstage, ob bei einem Infanterieregiment in Straßburg so-
unbeteiligt wurde sich das Leben genommen hätten, glaube ich,
einen Teil dieses Geldes zu sehen, der in den Preßzeugnissen
vom Herbst hervorgetreten ist. Deshalb habe ich meinen Herrn
Kommissar instruiert, so zu antworten. (Bravo rechts!) Herr
Schulz sagt, die Sozialdemokraten wollten nichts Schlimmes. Aber
in demselben Atemzug bekennet er sich als Sozialdemokrat zur Re-
publik. Unser Heer aber ist auf monarchischer Grundlage aufgebaut.
(Lebh. Umrufe b. d. Soz.) und da wundern Sie sich, wenn ich
gegen ihre Agitation und Hege hier aufstehe. (Lebh. Umrufe und
Aufe: Hege? b. d. Soz.) Ich meine, Hege außerhalb des Hauses.
(Heiterkeit.) Herr Schulz zitierte auch die Geister von Gneisenau,
Scharnhorst und Boyen. Diese Männer hanteln auf, Sie aber
vergrübeln unsere Fehler und verheben das Volk. (Zurufe b. d. Soz.)
Vergebung, der Ausdruck ist mir ungeschicklich, aber ich muß doch
meinen Standpunkt vertreten. Schließlich meinte Herr Schulz,
wir könnten in Zukunft nicht mehr mit demselben Heer in den Krieg
ziehen wie früher. Wenn das heißen soll, wir könnten zufolge der
Fortschritte der Kultur nicht mehr mit demselben Vertrauen
in den Krieg ziehen wie unsere Väter 1870 und 1871, so
kann mir die ganze Kultur gestohlen bleiben. (Große
Heiterkeit.) Aber es ist nicht wahr, unsere Soldaten sind Deutsche,
gleichgültig, ob sie aus sozialdemokratischen oder aus anderen Familien
stammen, und sie werden mit deutscher Mannhaftigkeit kämpfen.
(Lebh. Bravo! rechts.) Herr Müller-Meinungen sprach von der
Stellung des Zivilkabinetts und des Kriegsministeriums. Jeder
hat sein besonderes Arbeitsgebiet. Der Kriegsminister und der Chef
des Zivilkabinetts sind ja auch nicht allein in der Welt, wie die
beiden Löwen in der Wüste, die sich auftragen bis auf die Schwänze
(Große Heiterkeit.), sondern über ihnen steht der König von Preußen.
(Bravo! rechts.) Würde übrigens das Zivilkabinett dem Kriegs-
ministerium angegliedert, so würde der Kriegsminister, soweit es
sich um die Befugnisse des Zivilkabinetts handelt, doch nur dem
König verantwortlich sein und nicht dem Reichstage. (Lebhafte
Zustimmung rechts.) Redner verliest eine längere Darlegung über
das innere Verhältnis der beiden Behörden und schließt allein
dadurch, daß das preussische Heer dem Parteigetriebe, der Ein-
wirkung ehrgeiziger Parteiführer entrückt wurde, und allein dem
König untersteht, ist es geworden, was es ist, der sichere Ort des
Friedens nach außen und innen. (Lebh. Beifall rechts.) Es wäre
eine Verleumdung, wenn man daran denken wollte, an diesem
Grundpfeiler unserer Heeres zu rütteln. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Waag (Mit.) bezeichnet es als eine Verleumdung,
daß im Elsaß das Volk gegen das Heer aufgehetzt werde; der Be-
völkerung sei in Zäbern schweres Unrecht geschehen.

Ein Generalmajor bemerkt auf die gestrigen Beschwerden des
Abg. Dombach über den Nichtgebrauch der polnischen Sprache bei
der Seelborge, daß bei der geringen Zahl polnischer Soldaten be-
sondere polnische Geisliche nicht vorgesehen seien.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.
Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Der Kriegsminister zitierte eine
Rede von mir auf der Internationalen Jugendkonferenz in Stutt-
gart 1907, wenn er mich auch nicht genannt hat. Aber eine andere
Rede über meine Stellung zum Militarismus ist doch nicht gehalten
worden. Ich stelle fest, daß ich die zitierten Wendungen nicht
gebraucht habe. Ich habe gesprochen von einer Zermürbung und
Zerstückung des militärischen Geistes, nicht des militärischen. (Hört,
hört! b. d. Soz.) Ich habe weder die Worte „Abscheu“ oder „Ekel“,
noch irgend einen der Kraftausdrücke gebraucht, mit denen er para-
diert hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es handelt sich um eine ganz
überlegte Täuschung von Leuten, denen daran gelegen ist,
meine antimilitaristische Propaganda zu diskreditieren. Ich habe
stets scharf unterschieden zwischen militärisch und antimilitärisch. Es
kann sich nur um Epithetnachrichten handeln, um Notizen von be-
wußten Fälschungen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Falkenhahn: Meine Angaben über das
Protokoll der sozialistischen Jugendorganisation in Stuttgart 1907
habe ich so dargestellt, wie sie mir zugegangen sind. (Zuruf b. d.
Soz.: Das hat niemand bezweifelt!) Das Material ist leider schon

Soldaten Volkmant, den Burichen ihres Mannes, erschossen hat,
angeblich, um sich seiner gewaltigen Liebesbezeugungen zu er-
wehren. Die Angeklagte bleibt bei der in der Voruntersuchung
gegebenen Version und trägt ein sehr selbständiges, gelegentlich
fast provozierendes Verhalten zur Schau. Daß sie nicht auf die
Entlassung des Burichen drang, obwohl dieser seit Wochen
mit Liebeserklärungen verfolgte, erklärte sie damit, daß sie ihren
Mann nicht hätte beunruhigen wollen. Es gelangten einige
Postkarten zur Verlesung, in denen die Gröfm in sehr vertrau-
licher Weise, gelegentlich sogar in zärtlichen Ausdrücken, an den
Burichen schreibt. Sie erklärt dies damit, daß sie auch in seiner
Abwesenheit von dem Willen des jungen Mannes jugendlicher
und gewissenmaßen unterjocht gewesen wäre. Wenn diese Ver-
sion der Wahrheit entspricht, ist es ganz besonders merkwürdig,
daß die Dame nicht bei ihrem Mann Schutz gesucht hat. Bei
Eröffnung der Verhandlung spielte sich eine sehr ergreifende
Szene ab: die Mutter des Getöteten brach ohnmächtig zusam-
men, als sie der an dem Tode schuldigen Frau ansichtig wurde.

Der Wahn des Kriegsveteranen.

In der brandenburgischen Kreisstadt Soldin haben sie,
nach dem Vornamts, unlängst einen Kriegsveteranen
in ein Krankenhaus transportiert. Der bedauernswerte alte
Baterlandsverteidiger litt an der fgen Idee, daß das Deutsche
Reich die Männer, die auf blutigen Schlachtfeldern ihr Leben
riskiert und zu seiner Erhaltung wesentlich beigetragen, im Alter
ordentlich versorgen würde. Dieser Irrwahn verdrängte sich
schließlich zu der verrückten Idee, auf dem Landratsamt würden
ausser dem fänglichen „Ehrenloß“ auch besondere Veteranen-
hilfen ausgezahlt. Er teilte diesen volkstümlichen Überglauben einer
Anzahl Kameraden mit und fand bei ihnen einen solchen An-
klang, daß sie unter seiner Führung nach dem Kreischaus
marschierten, um die eingehaltene Belohnung in Empfang zu nehmen.
Sie laßen sich aber nur angeführt. Die Beamten machten
höflich verdächtige Gesichter, als sie die anfällige Schar älterer
Krieger erblickten und ihr Begehren hörten, und konnten
den Vermissen statt des Geldes nur die krautige Erklärung geben,
daß sie zweifellos einer Waffnung zum Opfer gefallen seien.
Da wurde der arme Anführer ganz wild und verfiel in Tob-
stucht, so daß sich keine nachherige Ueberführung in eine Heil-
anstalt notwendig machte.
Nach unserem jugendlichen Erachten ist der Mann leider
unheilbar. Wer ihn einbildet, in dem militärischen Deutsch-
land werde auch für den einfachen Veteranen aus-
förmlich gesorgt, dem ist nicht mehr zu helfen, der in
gang wahnhaftig. Das ist eine ebenso verliche Idee, als
wenn einer auf offenkundigen Ungehörigen praktisches Christentum
vermietet, im Zentrum „Wahheit, Freiheit und Recht“, wie es
auf dem Programm steht, oder bei den Nationalistenschand-
haftigen und Liberalismus. Jeder alle berechtigten Wagnis-
stellungen hat seine eigene Begründung. Nur die sind die
Wahheit oder Wahheit: die der Arbeiter der Arbeiter-
bewegung und die der Arbeiter der Arbeiterbewegung.

weg. Ich hätte es nicht bezweifelt, wenn Herr Dombach
vorher mitgeteilt hätte, daß er darauf zurückkommen würde.
Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Dieser Vorwurf ist unberech-
tigt. Die Sache ist, daß der Kriegsminister vorzuziehen, daß er
nicht vorher mitgeteilt hat, daß er die Sache zur Sprache
bringen will. Seine Verfahren kann um so weniger gebilligt werden,
über diese internationale Jugendkonferenz ein offizielles
to soll erschienen ist (Hört, hört! b. d. Soz.) und auch in
Tagessitzungen veröffentlicht ist. Ich konstatiere also, daß
Kriegsminister aus unehren Quellen Epithete geschöpft
(Zuruf rechts: Das weiß man noch nicht!) Das feingebildete
ganze Art seiner Polemik. (Sehr richtig! b. d. Soz.)
Abg. Schulz (Soz.): Ich habe keineswegs die Heeres-
verwaltung, für alle Offiziere zu sorgen, verhöhnt. Ich
dinge habe ich darüber gehöhnt, daß der Kriegsminister Offi-
zie die er für seinen Dienst nicht mehr für brauchbar hält, für die
in Handel und Industrie noch für gut genug hält, und ich habe
gehöhnt, daß sie (nach rechts) wohl Mitleid empfinden für
Offiziere, aber nicht für arbeitslose Arbeiter.
Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Besoldungs-
Fortsetzung des Militäretats).
Schluß: 7 Uhr.

Das Abgeordnetenhaus

widmete seine Mittwoch-Sitzung der Weiterberatung
Kultursetats. Zunächst wurde ein fortschrittlicher
auf gesetzliche Regelung des Privatschulwesens der Unterrichts-
kommission überwiesen. Der Volksparteiler Lippmann
nach, daß die heutige verfassungswidrige Verwaltungsgewalt
auf diesem Gebiet durchaus schädlich wirkt. Der Minister
vergeblich die Verfassungswidrigkeit zu bestreiten. — Dann
ber die Volksschule, und zwar zunächst die Frage der
lastung der Gemeinden von dem schweren Druck der Schul-
Die Reden der Abgeordneten Graf v. d. Groeben (Kon-
v. Campe (Natl.), Blatzfeller (Zentr.), v. Zedl
(Freikoni) und des Ministers bewiesen nur, daß man
Lösung des schwierigen Problems noch nicht gefunden hat.

Parteiangelegenheiten.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die
tion beschloß in einer Sitzung vom Mittwoch, an den rufflich
Dumaabgeordneten Genossen Tschaidse, der unter Druck
Immunität unter Anklage gestellt worden ist, ein Sympathie-
telegramm zu senden.

Ein sozialistischer Sieg in Genf. Bei den Kommunal-
wahlen in der Stadtgemeinde Genf, die zum ersten Mal nach
dem Proportionalwahlsystem stattfanden, erhielten die Sozial-
10 Mandate. Die evangelisch-konfessionelle Partei, die sich die
Demokraten nennt, hat ihre bisherige Mehrheit verloren und
muß sich auf 17 Sitze beschränken. Die radikale Partei hat
bisherige Position von 10 Sitzen behaupten können. —
gleichzeitig in den Vororten von Genf stattfindenden Gemein-
wahlen brachten für die Sozialisten in Plainpalais 2 und
Courrouge 8 Sitze.

Frauenbewegung.

Die Wirkungen des Frauenwahlrechts in Amerika. Die
Enquete über die Wirkungen des Frauenwahlrechts in ameri-
kanischen Staaten war von einem Komitee, bestehend aus aus-
gezeichneten englischen Stimrechtlerinnen und Stimrechtler
gegnern veranlaßt worden. Befragt wurden solche Personen
in den Staaten, die das Frauenwahlrecht eingeführt haben,
weder als erklärte Gegner des Frauenwahlrechts noch als Freund-
bekannt waren. Das Ergebnis wurde dann in der Zeitschrift
„The XIX. Century and After“ (Das 19. Jahrhundert un-
später) veröffentlicht.

Von den 63 Antworten, die einliefen, waren 46 der
Frauenwahlrecht günstig, 8 neutral, 5 ziemlich ungunstig und
nur 4 absolut ablehnend.

Das Ergebnis ist für die Frauenwahlrechtsbewegung außer-
ordentlich günstig, umso mehr, als einige der Antwortenden er-
klärten, daß sie früher Gegner des Frauenwahlrechts gewesen
seien, aber nun gesehen hätten, daß es eine gute Wirkung aus-
übe. Vor allen Dingen wurde die Bestätigung der Frauen für
die Abschaffung der Kinderarbeit, für Einsetzung von Minimo-
ohnämtern, für längere Arbeitszeit und ihr Kampf gegen das
Laster gerühmt.

Kriegsveteranen, so daß sie ohne direkte Gefahr frei herumlaufen
können.

Der Dampferbrand auf hoher See.

Die New Yorker Beamten der Land-Linie erklären, daß
die „Columbian“ keine Passagiere an Bord hatte, und
daß die Mannschaft aus 60 bis 70 Mann bestand. Die
Cunard-Linie hat folgende Meldung von der „Franconia“ er-
halten: „Wir suchen nach den vermissten Booten. Die Geretteten
leiden an den Folgen der Erstickung. Sie erklären, daß sie
40 Stunden im Boote waren. Das Feuer brach am
Sonntag aus. Fast unmittelbar darauf erfolgte eine Reihe von
heftigen Explosionen, und die funktentelegraphischen
Apparate wurden zerstört.“

Der Dampfer „Manhattan“ meldet nach Cable 3
Land draylos, daß er den Kapitän Mc. Donald und
dreizehn Mann von dem Dampfer „Columbian“ in einem
Boot aufgefunden und gerettet habe. Er sehe die Nach-
forschungen nach dem Verbleib des dritten Bootes der
„Columbian“, in dem sich noch neunzehn Mann be-
finden, fort. Die Gesamtzahl der Geretteten beträgt jetzt 27.

Der Arbeiter verhaftet. In einer Mergelgrube
bei Rietzsch (Meinland) wurden vier Arbeiter
verhaftet. Während es drei gelang, sich zu retten, konnte
man den vierten, den Knecht Caspar Schick, nur als
Beize bergen.

Selbstmordversuch am Samstag vor der He. Auf dem Sport-
platz der Hochschule am Großen Stern im Grunwald bei
Berlin schoß sich am Dienstag abend der 30 Jahre alte
Militär Michael Sable aus Berlin eine Revolverkugel in die rechte
Schläfe. Er wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht.
Wahrscheinlich wollte sich am nächsten Sonntagabend verhe-
raten und hat die Tat aus Furcht vor der He
begangen.

Ein netter Ordnungshüter. Im Stadtwald von Dors-
münde wurde von einem Förster ein Mann angehalten, der
eine Menge Kupferblech in einem Korb bei sich hatte.
Schließlich stellte sich heraus, daß der Dieb, der einen solchen
Plan angegeben hatte, schon seit längerer Zeit die Kupfer-
brände in der ganzen Umgegend durchsuchte und gestohlen hat.
Er ergriffte bis vor kurzem im benachbarten Dorsteil als
Schuhmann.

Die Leipziger Metallausstellung

Die Leipziger Metallausstellung (die 10. in
aemerke und Granit. Im Mittwoch wurde die Inter-
nationale Ausstellung für Kunstgewerbe und Gewerbe in Leipzig
im Rahmen der Leipziger Metallausstellung eröffnet und
durch den Reichspräsidenten v. Fürstener eröffnet.